



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 9 · September 2000 · 55. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Kostenfaktor Landespersonal — Wie „belastend“ ist das Landespersonal?
Eine empirische Replik auf den Bericht des Staatssekretärsausschusses
vom Juli 1997

Sozialhilfeempfänger in Hessen 1999

Öffentliche Stromversorgung 1995 und 1999

Hessischer Zahlenspiegel



Auch auf Diskette als PDF-Datei

Inhalt

Öffentlicher Dienst

Kostenfaktor Landespersonal — Wie „belastend“ ist das Landespersonal? Eine empirische Replik auf den Bericht des Staatssekretärsausschusses vom Juli 1997. Von <i>Günter Rapor</i>	274
--	-----

Sozialleistungen

Sozialhilfeempfänger in Hessen 1999. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	281
---	-----

Umwelt

Öffentliche Stromversorgung 1995 und 1999. Von <i>Manfred Frosch</i>	288
--	-----

Haushalte

Einkommensstruktur der Privathaushalte in regionaler Sicht. Von <i>Siegfried Than</i>	291
---	-----

Ganz kurz . . .

296

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung

298

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung	299
Arbeitsmarkt	299
Landwirtschaft	300
Verarbeitendes Gewerbe	300
Öffentliche Energieversorgung	300
Baugewerbe, Baugenehmigungen	301
Einzelhandel und Gastgewerbe	301
Außenhandel	302
Fremdenverkehr, Verkehr	302
Geld und Kredit	303
Preise	303
Steuern	304
Löhne und Gehälter	304

Buchbesprechungen

Umschlagseiten 3 und 4 sowie Seite 295

Impressum

ISSN 0344 — 5550

Copyright:	© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2000 Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.
Herausgeber:	Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37 Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890 E-Mail: vertrieb@hsl.de — Internet: www.hsl.de
Schriftleitung:	Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611/3802-804
Haus-/Lieferadresse:	Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden
Postanschrift:	Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden
Bezugspreis:	Print: Einzelheft 6,00 DM (Doppelheft 12,00 DM), Jahresabonnement 61,20 DM (zuzüglich Versandkosten) Digital: Einzelheft 9,00 DM (Doppelheft 18,00 DM), Jahresabonnement 91,80 DM (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 105,00 DM (jeweils zuzüglich Versandkosten)
Gesamtherstellung:	Hessisches Statistisches Landesamt

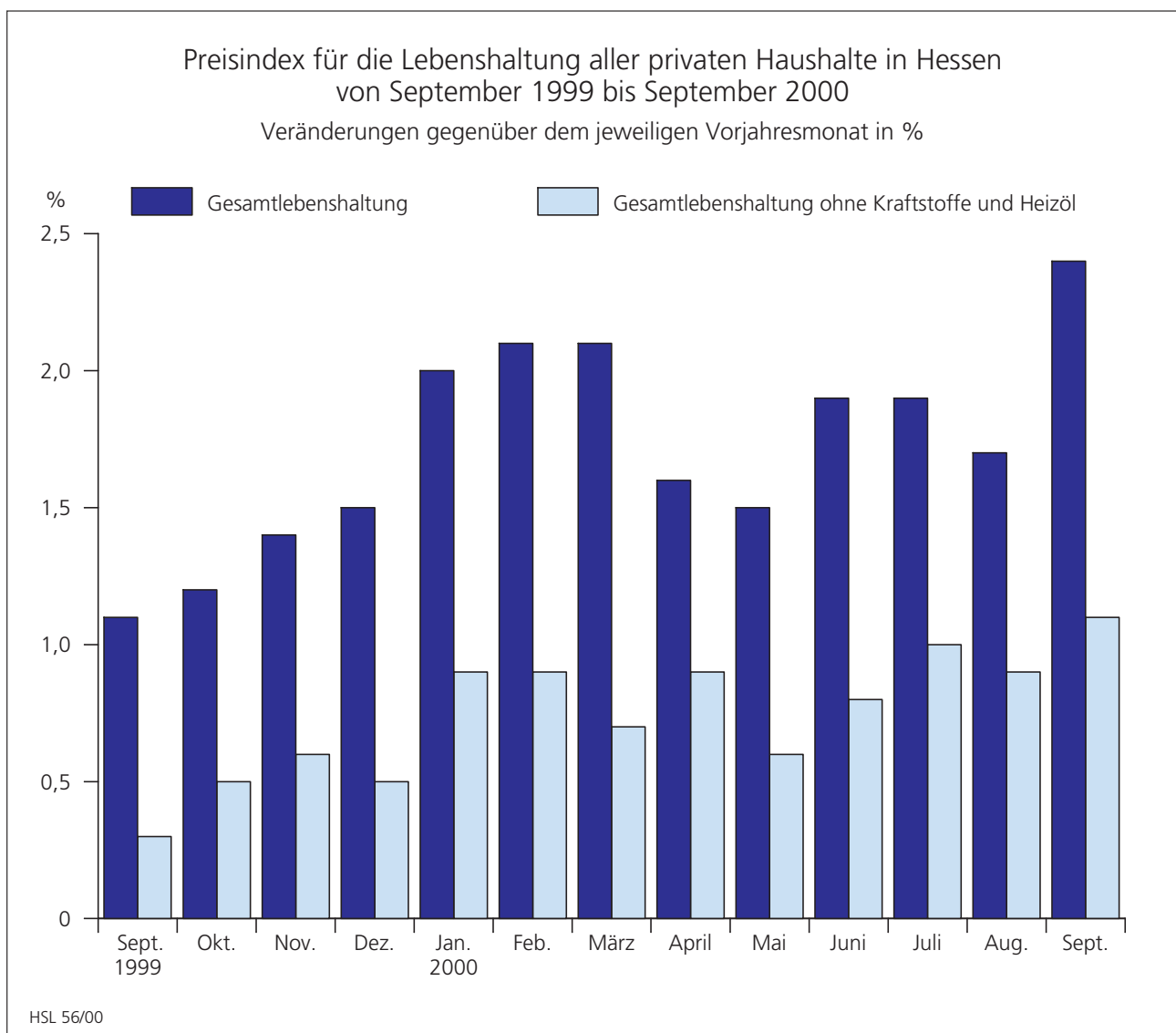
Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-802 oder -807.

Zeichen

—	= nichts, weil nichts vorhanden ist oder die Fragestellung nicht zutrifft bzw. weil keine Veränderung eingetreten ist.
.	= Nachweis nicht möglich, weil die Veröffentlichung aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht gestattet ist oder weil bei Veränderungsdaten die Ausgangszahlen kleiner als 100 ist
. . .	= Zahl liegt zur Zeit der Berichterstattung noch nicht vor, ist aber zu erwarten.
0	= weniger als die Hälfte der kleinsten darzustellenden Einheit (auch: 0,0).
D	= Durchschnitt.
p	= vorläufige Zahl(en).
r	= berichtigte Zahl(en).
Zahl in Klammern = eingeschränkter Aussagewert.	

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.



Kostenfaktor Landespersonal — Wie „belastend“ ist das Landespersonal?

Eine empirische Replik auf den Bericht des Staatssekretärsausschusses vom Juli 1997

*Es scheint völlig unstrittig: Wenn es beim „Staate“ etwas zu sparen gibt, dann beim Personal. Regierungen und insbesondere Finanzminister überbieten sich gegenseitig mit ehrgeizigen Sparzielen in Hinblick auf die Personalstände. Selbst Personalabbau in Höhe zweistelliger Prozentsätze wird — auch in den westlichen Bundesländern — anvisiert. In Hessen wurde am 17. Dezember 1996 die Errichtung eines Staatssekretärsausschusses „Personalkostenreduzierung und Strukturreform des öffentlichen Dienstes“ unter Vorsitz des Chefs der Staatskanzlei durch das Kabinett beschlossen. Der Staatssekretärsausschuss wurde mit der Aufgabe betraut, ein Gesamtkonzept zur dauerhaften Senkung der Personalkosten und zur Neuordnung des öffentlichen Dienstes zu entwickeln. Im Juli 1997 hat der Ausschuss einen Bericht¹⁾ vorgelegt, der einen Maßnahmenkatalog umfasst, der auch von der neuen Landesregierung durch die Koalitionsvereinbarung vom 19. März 1999 als Handlungsmaxime übernommen wurde. In seiner Regierungserklärung vom 22.4.1999 hat Ministerpräsident Koch unter ausdrücklichem Bezug auf dieses — nach dem ehemaligen Chef der Staatskanzlei so genannte — „Suchan-Papier“ eine Reduzierung der Personalkosten für den Bereich der Ministerien und der übrigen Verwaltung in den kommenden vier Jahren um 15 % angekündigt. Dieser Beitrag stellt die Grundaussagen des Berichts in Hinblick auf das Personal des Landes im **aktiven Dienst** vor und stellt sie dem empirischen Befund der amtlichen Finanzstatistik gegenüber.*

Thesen zu den Personalausgaben

In dem Bericht des Staatssekretärsausschusses finden sich mit Blick auf den Personalbestand fünf grundlegende, entscheidungsleitende Aussagen über die Personalausgaben bzw. Personalkosten des Landes Hessen:

- 1. „Die Personalausgaben stellen in den Haushalten der alten Bundesländer (ohne Berlin) den mit weitem Abstand größten Ausgabenblock. Betrug ihr Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben der Länder vor ca. 40 Jahren kaum mehr als 30 %, ist die Personalausgabenquote im Zuge einer beträchtlichen Ausweitung der staatlichen Aktivitäten mittlerweile auf mehr als 40 % expandiert. Bereits dieser Umstand macht deutlich, dass im Rahmen der Überlegungen und Vorschläge zur Überwindung der Finanzkrise der öffentlichen Hände diesem Ausgabenblock eine Schlüsselfunktion zugesprochen werden muss.“
- 2. „Unter hessischem Blickwinkel kommt hinzu, dass hier der Personalkostenanteil verglichen mit dem anderer Flächenländer mit derzeit 45,6 % einen Spitzenwert einnimmt.“ (In einer Fußnote hierzu wird weiter ausgeführt: „... Ein Ländervergleich auf einer gemeinsamen Berechnungsgrundlage zeigt jedoch, dass die Personalkostenquoten insbesondere der alten Flächenländer nicht erheblich voneinander abweichen und sich die Situation in Hessen daher qualitativ nicht von der anderer Länder unterscheidet.“)
- 3. „... auch der Anstieg der Personalausgaben Hessens im Vergleich zu den alten Bundesländern [ist] in den letzten Jahren überdurchschnittlich ausgefallen. So lag nach Berechnungen des Hessischen Rechnungshofs das Personal-

ausgabenwachstum im Haushaltsjahr 1992 um 4,2 %, in 1993 um 19,5 %, in 1994 um 15,7 % und im Jahr 1995 um 17,1 % höher als im Länderdurchschnitt.“

- 4. „Damit ist Hessen — wie auch andere Länder — schon jetzt durch die Entwicklung der Personalausgaben in seiner finanziellen Handlungsfähigkeit bedroht.“
- 5. „Unter Einrechnung der Ausgaben für Versorgungsbezüge (2,28 Mrd. DM), Beihilfen (0,60 Mrd. DM) und personalbezogene Sachausgaben (0,05 Mrd. DM) belaufen sich die veranschlagten Personalausgaben im Haushaltsjahr 1997 auf insgesamt 13,05 Mrd. DM. In Relation gesetzt zu den bereinigten Gesamtausgaben (ohne LFA und Bahnreform)²⁾ in Höhe von 28,61 Mrd. DM bedeutet dies eine Personalausgabenquote von 45,6 %; in Relation zu den dem Land nach Länderfinanzausgleich verbleibenden Steuereinnahmen waren im vergangenen Jahr 62 % durch Personalausgaben gebunden.“

Empirische Basis

In dem Bericht des Staatssekretärsausschusses werden einleitend die Personalausgaben des Landes Hessen betrachtet und mit denen der anderen Bundesländer verglichen. Sowohl für die dort argumentativ verwendeten Daten des Landes Hessen als auch für die Daten der anderen Flächenländer werden in dem Bericht keine Quellen angegeben, sodass

1) Bericht des Staatssekretärsausschusses zur Personalkostenreduzierung und Strukturreform des öffentlichen Dienstes, nicht veröffentlichtes Manuskript, Wiesbaden, Juli 1997, S. 3 f.

2) LFA: Länderfinanzausgleich; Bahnreform: Im Zuge der Regionalisierung des Schienen-Personennahverkehrs werden, beginnend im Jahr 1994, Zuständigkeiten und Finanzierungsmittel vom Bund auf die Länder übertragen.

eine vertiefende Auseinandersetzung mit den quantitativen Angaben nicht möglich ist.

Nun liefert die Finanzstatistik anerkannterweise jene Daten, die das Entscheidungsverhalten der öffentlichen Entscheidungsträger am ehesten widerspiegeln³⁾. Es liegt daher nahe, die Aussagen des Berichts des Staatssekretärsausschusses mit dem Datenmaterial der amtlichen Statistik zu konfrontieren. Weder im Hessischen Statistischen Landesamt noch im Statistischen Bundesamt lagen hierfür die notwendigen Daten griffbereit in Zeitreihen vor. Für die Zwecke dieser empirischen Nachbetrachtung mussten daher die erforderlichen Zeitreihen beim Statistischen Bundesamt originär zusammengestellt werden. Bei der Darstellung der zeitlichen Entwicklung der Indikatoren zu den staatlichen Haushalten wird hier also vor allem auf die finanzstatistischen Länderergebnisse des Statistischen Bundesamtes zurückgegriffen, die für diese Untersuchung dort zu „langen Reihen“ ab dem Jahr 1950 zusammengefasst und mit bestem Service zur Verfügung gestellt wurden.

In dem langen Zeitraum traten einige einschneidende methodische Änderungen mit Relevanz für diese Untersuchung ein, die hier nicht unerwähnt bleiben sollten⁴⁾.

In der Abgrenzung der Finanzstatistik setzen sich die **Personalausgaben** im Einzelnen zusammen aus den Bezügen der Beamten und Richter, den Vergütungen der Angestellten, Löhnen der Arbeiter sowie den Versorgungsleistungen (Ruhegehälter, Witwen- und Waisengelder, Versorgungsbezüge nach G 131, d. h. der nach dem 2. Weltkrieg verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und Angehörigen aufgelöster Dienststellen), den Beihilfen und Unterstützungen (einmalige und laufende Unterstützungen, Fürsorgeleistungen) und schließlich den personalbezogenen Sachausga-

ben (Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung, Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen, Fahrtkostenzuschüsse). Die Bezüge, Gehälter und Löhne umfassen außerdem die Aufwendungen für Abgeordnete sowie die Kosten nebenamtlicher Tätigkeiten. Zu den Dienstbezügen werden ferner die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, die Beiträge zur zusätzlichen Alterssicherung, das Krankengeld sowie Zulagen und Zuwendungen aller Art gerechnet.

Im langfristigen Vergleich ist zu beachten, dass die Personalentgelte vor Einführung des neuen Gruppierungsplans, also vor 1970, nicht die personenbezogenen Sachausgaben sowie die Versorgung nach G 131 beinhalteten. Auf Grund ihres relativ sehr geringen Gewichts (zuletzt lediglich 0,8 % der gesamten Personalausgaben) schlägt sich diese methodische Abwandlung aber kaum in messbaren Resultatverzerrungen nieder.

Im Weiteren werden hier bereinigte⁵⁾ rechnungsmäßige Ergebnisse zu Grunde gelegt. Lediglich für das Jahr 1998 musste noch auf kassenmäßige Einnahmen- und Ausgaben Größen zurückgegriffen werden, da vergleichbare rechnungsmäßige Länderergebnisse bis zum Redaktionsschluss nicht vorlagen.

3) Vgl. Erbsland, Manfred; Die öffentlichen Personalausgaben — Eine empirische Analyse für die Bundesrepublik Deutschland; Frankfurt am Main 1991, S. 5, aber auch Wille, E.; Öffentliche Sachausgaben versus öffentliche Personalausgaben, in: Häuser, K. (Hrsg.), Produktivitätsentwicklung staatlicher Leistungen, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 145, Berlin 1985, S. 11 ff.

4) Im Jahre 1970 wurde ein einheitlicher Gruppierungs- und Funktionenplan für die Ausgabe- und Einnahmearten und die Aufgabenbereiche eingeführt, und es fand die Ausgliederung der „besonderen Finanzierungsvorgänge“ im finanzstatistischen Nachweis statt. — 1977 wurde der Funktionenplan geändert. — Da 1960 das Haushaltsjahr dem Kalenderjahr angepasst wurde, sind in den Daten für das Jahr 1960 nur die Ausgaben und Einnahmen für die Monate April bis Dezember ausgewiesen.

5) Bereinigt um innere Verrechnungen, kalkulatorische Kosten, Zuführungen zwischen den Teilhaushalten sowie Einnahmen bzw. Ausgaben für besondere Finanzierungsvorgänge.

1. Personalausgabenquoten der westlichen Flächenländer 1970–1998¹⁾

Jahr	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland
Personalausgaben insgesamt in % der Gesamtausgaben								
1970	41,7	42,9	35,2	39,5	40,7	40,0	39,9	46,6
1975	42,7	43,6	37,7	44,0	41,4	43,4	41,1	45,7
1980	39,1	42,1	37,7	44,6	40,9	40,8	41,1	44,6
1985	39,8	41,1	38,9	42,4	40,9	41,5	42,3	35,5
1990	38,4	41,0	38,7	39,3	39,0	38,8	40,9	37,9
1995	38,2	41,1	40,1	41,8	39,8	40,9	41,0	38,8
1996	38,9	41,5	39,9	39,6	38,8	40,9	39,8	38,1
1997	39,8	41,8	39,5	40,3	39,7	42,0	40,5	38,4
1998	40,3	42,0	40,5	41,0	39,8	39,9	41,1	38,7
Personalausgaben ohne Versorgungsausgaben in % der Gesamtausgaben								
1970	33,5	34,7	29,2	33,0	34,0	33,6	33,9	40,5
1975	35,3	36,2	32,1	37,6	35,1	37,4	35,4	40,2
1980	31,9	35,3	32,6	37,9	34,4	35,2	35,2	38,6
1985	32,6	34,4	33,3	35,4	34,4	35,6	36,0	30,1
1990	31,6	34,5	32,8	32,6	32,6	33,2	34,3	31,6
1995	31,3	34,6	33,7	34,6	33,2	34,9	34,1	31,4
1996	31,9	34,7	33,3	32,7	32,3	34,7	33,1	30,7
1997	32,5	34,9	32,9	33,1	32,9	35,5	33,5	30,7
1998	32,6	34,8	33,5	33,5	32,7	33,6	33,9	30,7

1) Quelle: Statistisches Bundesamt; 1970 bis 1997: Ergebnisse der Rechnungsstatistik; 1998: Ergebnisse der Kassenstatistik.

Empirische Befunde

Zu Aussage 1: Bestätigt werden kann und bleibt damit zunächst unstreitig, dass „die Personalausgaben ... in den Haushalten der alten Bundesländer ... den mit weitem Abstand größten Ausgabenblock“ stellen. Eine andere Ausgabenstruktur wäre für einen universellen Dienstleister — mit den extrem personalintensiven Bereichen Bildung, öffentliche Sicherheit und Ordnung, Finanzverwaltung, allgemeine Verwaltung — auch eine überraschende Merkwürdigkeit.

Die Argumentation für eine erhebliche Personalreduzierung auf den Vergleich mit den frühen Wiederaufbaujahren und ihren damals notwendig starken Anteilen der Bau- und Ausstattungsinvestitionen sowie der investiven Zuweisungen und Zuschüsse an den Gesamtausgaben zu stützen, kann vom Ansatz her nicht überzeugen. Ein solider Vergleich der Personalausgabenquoten in ihrer zeitlichen Entwicklung für das Land Hessen und regional zwischen den Ländern ist zudem erst ab dem Jahr 1970, nach der Einführung des einheitlichen Gruppierungs- und Funktionenplans, möglich. Seit den Siebzigerjahren sind die Personalausgabenquoten der westlichen Flächenländer, wie Tabelle 1 belegt, nicht bzw. nur unwesentlich gestiegen (nur in Nordrhein-Westfalen nahm die Quote zu; hier allerdings ausgehend von einem niedrigen Niveau). Bezieht man für Hessen unter Ignorierung der methodischen Bedenken auch Jahre vor 1970 in die Betrachtung mit ein, so ist zu konstatieren, dass auch im längerfristigen Vergleich nur eine moderate Expansion des Anteils der Personalausgaben an den Gesamtausgaben stattgefunden hat (Tabelle 2).

Die „beträchtliche Ausweitung der staatlichen Aktivitäten“, die der Staatssekretärsausschuss feststellt, lässt sich in einer

2. Entwicklung der Gesamtausgaben, der Personalausgaben, der Versorgungslasten und der Personalausgabenquoten des Landes Hessen 1950–1998¹⁾

Jahr	Gesamtausgaben	Personalausgaben (ohne Versorgungsbezüge)	Versorgungsbezüge und dgl.	Personalausgaben insgesamt (Sp. 3 + Sp. 4)	Sp. 3 / Sp. 2 ²⁾	Sp. 5 / Sp. 2 ³⁾
	Mill. DM				%	
1	2	3	4	5	6	7
1950	778	230	78	308	29,6	39,6
1961	2 639	791	188	979	30,0	37,1
1970	7 058	2 332	455	2 787	33,0	39,5
1975	12 539	4 717	804	5 521	37,6	44,0
1980	16 827	6 373	1 130	7 503	37,9	44,6
1985	19 566	6 920	1 371	8 291	35,4	42,4
1990	25 269	8 239	1 703	9 942	32,6	39,3
1995	30 660	10 607	2 194	12 801	34,6	41,8
1996	32 807	10 744	2 262	13 006	32,7	39,6
1997	32 612	10 805	2 336	13 141	33,1	40,3
1998	32 580	10 913	2 444	13 357	33,5	41,0

1) Quelle: Statistisches Bundesamt; 1970 bis 1997: Ergebnisse der Rechnungsstatistik; 1998: Ergebnisse der Kassenstatistik. — 2) Personalausgaben (ohne Versorgungsausgaben) im Verhältnis zu den Gesamtausgaben. — 3) Personalausgaben insgesamt im Verhältnis zu den Gesamtausgaben.

expandierenden Volkswirtschaft im Übrigen schwerlich anhand der Relation aus Personalausgaben und Gesamtausgaben der staatlichen Ebene nachweisen. Hierzu ist vielmehr auf das volkswirtschaftliche Gesamttaggregat „Bruttoinlandsprodukt“, als Summe aller in einer Periode im Lande hervorgebrachten Güter und Dienstleistungen, abzustellen. Die Quote aus Personalausgaben des Landes Hessen und Bruttoinlandsprodukt hat sich allerdings in den letzten 40 Jahren nur geringfügig, um weniger als einen Prozentpunkt, von 3,6 auf 4,4 % erhöht, sodass volkswirtschaftlich bestenfalls eine der demographischen und gesamtwirtschaftlichen

3. Entwicklung der Gesamtausgaben, der Personalausgaben, der Versorgungslasten und der Personalausgabenquoten des Landes Hessen 1950–1998¹⁾

Jahr	Gesamtausgaben	Personalausgaben (o. Versorgungsbezüge)	Versorgungsbezüge und dgl.	Personalausgaben insgesamt (Sp. 3 + Sp. 4)	Sp. 3 / Sp. 2 ²⁾	Sp. 5 / Sp. 2 ³⁾	LFA-Zahlungen ⁴⁾	Sp. 2 – Sp. 8 ⁵⁾	Sp. 3 / Sp. 9 ⁶⁾	Sp. 5 / Sp. 9 ⁷⁾
	Mill. DM				%		Mill. DM		%	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1950	778	230	78	308	29,6	39,6	28	750	30,7	41,1
1961	2 639	791	188	979	30,0	37,1	155	2 484	31,8	39,4
1970	7 058	2 332	455	2 787	33,0	39,5	290	6 768	34,5	41,2
1975	12 539	4 717	804	5 521	37,6	44,0	206	12 333	38,2	44,8
1980	16 827	6 373	1 130	7 503	37,9	44,6	298	16 529	38,6	45,4
1985	19 566	6 920	1 371	8 291	35,4	42,4	725	18 841	36,7	44,0
1990	25 269	8 239	1 703	9 942	32,6	39,3	1 446	23 823	34,6	41,7
1995	30 660	10 607	2 194	12 801	34,6	41,8	2 153	28 507	37,2	44,9
1996	32 807	10 744	2 262	13 006	32,7	39,6	3 240	29 567	36,3	44,0
1997	32 612	10 805	2 336	13 141	33,1	40,3	3 130	29 482	36,6	44,6
1998	32 580	10 913	2 444	13 357	33,5	41,0	3 435	29 145	37,4	45,8

1) Quelle: Statistisches Bundesamt; 1970 bis 1997: Ergebnisse der Rechnungsstatistik; 1998: Ergebnisse der Kassenstatistik. 2) Personalausgaben (ohne Versorgungsbezüge) im Verhältnis zu den Gesamtausgaben. — 3) Personalausgaben insgesamt im Verhältnis zu den Gesamtausgaben. — 4) Länderfinanzausgleichszahlungen. Quelle: Bundesministerium der Finanzen; Finanzberichte jeweiliger Jahre. — 5) Um die Zahlungen im Länderfinanzausgleich bereinigte Gesamtausgaben. — 6) Personalausgaben (ohne Versorgungsbezüge) im Verhältnis zu den um die Länderfinanzausgleichszahlungen bereinigten Gesamtausgaben. — 7) Personalausgaben insgesamt im Verhältnis zu den um die Länderfinanzausgleichszahlungen bereinigten Gesamtausgaben.

Entwicklung angepasste Ausweitung der staatlichen Aktivität zu belegen ist.

So zeigt der Ausgabenblock der Personalaufwendungen per se weder die Ausweitung der staatlichen Aktivität an noch vermag seine Größe allein deutlich zu machen, dass ihm „... im Rahmen der Überlegungen und Vorschläge zur Überwindung der Finanzkrise der öffentlichen Hände eine Schlüssel-funktion zugesprochen werden muss“.

Zu Aussage 2: Dass der „Personalkostenanteil“ des Landes Hessen — im Vergleich zu den Personalausgabenanteilen der anderen Flächenländer — einen Spitzenwert einnimmt, kann nur dann bestätigt werden, wenn von den Gesamtausgaben die Ausgleichszahlungen des Landes im Länderfinanzausgleich abgesetzt werden. Tabelle 3 zeigt die Entwicklung der Personalausgabenquoten für das Land Hessen nach Absetzung dieser Zahlungen. Über die Zulässigkeit dieser Verkleinerung des Nenners der Personalausgabenquote lässt sich trefflich streiten. Dass sie nicht unumstritten ist, wird in dem Bericht wohl durch die erläuternde Fußnote (siehe These 2) eingeräumt. Aber auch hier muss wiederum kritisch nachgefragt werden, warum eine noch nicht einmal hälftige Quote der Personalausgaben eines „Dienstleis-

tungskonzerns“ an seinen Gesamtausgaben bedenklich stimmen sollte?

Zu Aussage 3: Es ist zutreffend, dass der Anstieg der Personalausgaben Hessens im Vergleich zu den alten Bundesländern in der ersten Hälfte der Neunzigerjahre überdurchschnittlich ausgefallen ist. Die Aussage ist mit und ohne Berücksichtigung der Versorgungsausgaben richtig. Wenn gleich sich aus dem Datenmaterial der amtlichen Statistik die im Bericht des Staatssekretärsausschusses zitierten Wachstumsraten des Hessischen Rechnungshofs im Einzelnen nicht bestätigten lassen, so ist doch auch auf dieser Datengrundlage für den Zeitraum 1990 bis 1995 ein um 2,9 bzw. 2,1 Prozentpunkte höheres Wachstum der Personalausgaben des Landes Hessen gegenüber dem Durchschnitt der westlichen Flächenländer festzustellen (Tabelle 4). Allerdings bleibt in dem Bericht des Staatssekretärsausschusses unerwähnt, dass dieser Länderdurchschnitt durch eine extreme Sonderentwicklung im Saarland ein Maßstab ist, an dem gemessen alle anderen Länder — bis auf Schleswig-Holstein und Niedersachsen — überdurchschnittlich hohe Werte zeigen. Hessen weist hier also keine Spitzenposition auf, sondern trifft in der Entwicklung seit 1980 (1980 = 100) fast genau den Durchschnitt der Flächenländer (Tabelle 4).

4. Entwicklung der Personalausgaben der westlichen Flächenländer 1985 – 1998¹⁾

Zeitraum — Jahr	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	H e s s e n	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	Länder- durch- schnitt	Länder- durch- schnitt ohne Saarland
Zu- bzw. Abnahme (–) der Personalausgaben (ohne Versorgungsbezüge) in %										
1985 zu 1980	18,4	11,9	12,5	8,6	17,8	10,8	19,0	4,6	12,9	14,1
1990 zu 1985	19,7	16,7	16,7	19,1	19,4	21,1	15,6	16,2	18,4	18,8
1995 zu 1990	24,2	24,2	26,9	28,7	27,8	28,6	28,4	17,2	25,8	27,0
1996 zu 1995	2,0	0,9	2,2	1,3	2,7	1,7	2,0	0,8	1,7	1,8
1997 zu 1996	0,8	0,2	1,5	0,6	0,6	– 1,0	– 0,3	– 2,4	0,5	0,5
1998 zu 1997	0,2	1,0	1,8	1,0	– 1,2	0,9	2,2	0,5	0,9	1,0
Zu- bzw. Abnahme (–) der Personalausgaben (einschl. Versorgungsbezüge) in %										
1985 zu 1980	17,7	12,1	13,6	10,5	17,8	11,8	19,8	6,8	13,8	14,8
1990 zu 1985	19,5	19,1	17,9	19,9	20,0	21,2	17,2	18,2	19,1	19,3
1995 zu 1990	24,4	24,5	28,4	28,8	28,5	29,1	29,3	20,8	26,7	27,5
1996 zu 1995	2,1	1,2	2,6	1,6	2,7	1,9	2,2	1,2	1,9	2,1
1997 zu 1996	1,3	0,6	2,0	1,0	1,1	– 0,4	0,1	– 1,4	0,8	0,9
1998 zu 1997	1,0	1,5	2,3	1,6	– 0,2	1,3	2,3	1,1	1,4	1,4
Messzahl der Personalausgaben (ohne Versorgungsbezüge) 1980 = 100										
1980	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1985	118,4	111,9	112,5	108,6	117,8	110,8	119,0	104,6	112,9	114,1
1990	141,8	133,9	131,3	129,3	140,6	134,2	137,6	121,4	133,8	135,5
1995	176,1	166,4	166,7	166,4	179,7	172,7	176,6	142,4	168,4	172,1
1996	179,6	167,9	170,4	168,6	184,5	175,5	180,2	143,5	171,3	175,2
1997	181,1	168,2	173,0	169,5	185,5	173,8	179,7	140,2	171,4	175,8
1998	181,4	169,9	176,1	171,2	183,3	175,3	183,6	140,8	172,7	177,3
Messzahl der Personalausgaben (einschl. Versorgungsbezüge) 1980 = 100										
1980	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1985	117,7	112,1	113,6	110,5	117,8	111,8	119,8	106,8	113,8	114,8
1990	140,6	133,5	133,9	132,5	141,4	135,5	140,4	126,2	135,5	136,8
1995	174,9	166,2	171,9	170,6	181,6	174,9	181,5	152,5	171,8	174,5
1996	178,6	168,2	176,3	173,3	186,5	178,3	185,6	154,4	175,2	178,1
1997	181,0	169,2	179,8	175,1	188,5	177,7	185,7	152,2	176,2	179,6
1998	182,8	171,8	183,8	178,0	188,1	180,1	190,1	153,9	178,6	182,1

1) Eigene Berechnungen. Basisdaten: Statistisches Bundesamt; 1970 bis 1997: Ergebnisse der Rechnungsstatistik; 1998: Ergebnisse der Kassenstatistik.

5. Entwicklung der Personalausgaben der westlichen Flächenländer in Relation zu ihren Gesamteinnahmen und zu ihren Steuereinnahmen 1970 – 1998¹⁾

(Angaben in Prozent)

Jahr	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland
Gesamtlastquote (Personalausgaben insgesamt in Relation zu den Gesamteinnahmen)								
1970	45,6	44,7	37,3	43,6	42,4	41,5	40,3	47,8
1975	52,0	50,9	44,3	52,5	48,0	48,8	46,5	55,2
1980	44,3	47,0	44,7	48,8	45,5	45,5	44,2	51,6
1985	43,7	44,5	44,6	44,5	44,6	42,9	43,5	47,3
1990	41,7	44,2	41,3	43,0	42,5	41,1	42,5	44,0
1995	43,0	46,4	42,9	46,1	43,3	43,9	41,0	37,1
1996	44,1	44,4	43,5	42,7	42,7	43,6	42,1	35,9
1997	43,4	45,0	44,7	44,4	43,9	43,5	42,4	35,7
1998	43,1	51,1	43,7	42,3	43,8	40,4	41,8	36,0
Steuerlastquote (Personalausgaben insgesamt in Relation zu den Steuereinnahmen)								
1970	78,4	67,9	45,7	57,2	67,3	55,5	56,6	74,9
1975	83,4	80,0	56,6	71,6	78,4	67,8	68,7	90,6
1980	65,7	71,2	54,7	62,9	66,4	60,1	61,2	82,0
1985	63,9	66,5	52,8	54,4	63,6	55,0	57,1	72,0
1990	61,3	65,4	48,8	52,2	61,7	52,1	53,6	67,8
1995	56,2	61,7	50,6	55,7	61,5	56,7	54,3	69,3
1996	58,1	61,2	51,3	52,4	62,6	56,8	53,8	67,2
1997	58,6	62,4	53,2	55,0	64,6	57,7	53,9	67,0
1998	56,2	61,0	51,7	51,7	63,0	53,8	52,5	66,7

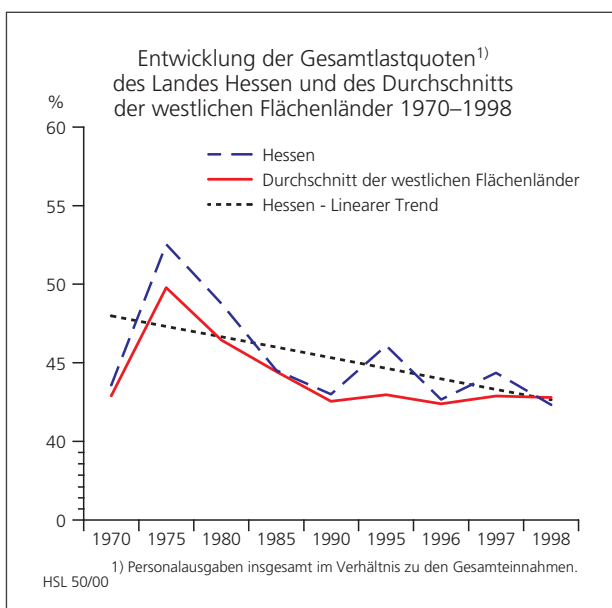
1) Eigene Berechnungen; Quelle der Basisdaten: Statistisches Bundesamt; 1970 bis 1997: Ergebnisse der Rechnungsstatistik; 1998: Ergebnisse der Kassenstatistik.

Zu Aussage 4: Die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates wird einerseits von seinen Einnahmen begrenzt, andererseits ist sie von seinen finanziellen Verpflichtungen und Belastungen, also seinem Finanzbedarf, abhängig. Zur Prüfung der Aussage, ob eine Bedrohung der Handlungsfähigkeit des Landes durch die Entwicklung der Personalausgaben „schon jetzt“ eingetreten ist, ist daher zunächst zu untersuchen, in welcher Weise sich die Relation aus Personalausgaben und Gesamteinnahmen (**Gesamtlastquote**) im Zeitablauf verändert hat. Es zeigt sich, dass die Personalausgaben (einschl. Versorgungsausgaben) in Hessen — ähnlich auch in den anderen Flächenländern — Mitte der Siebzigerjahre mit über 50 % die Einnahmen des Landes am stärksten beanspruch-

ten. 1998 wurden durch die Personalkosten nur noch 42 % der Gesamteinnahmen des Landes gebunden. Die Entwicklung der Relation aus Personalkosten und Gesamteinnahmen weist dabei über den Betrachtungszeitraum, infolge der stärker als die Personalausgaben wachsenden Gesamteinnahmen, einen fallenden Trend auf (siehe Schaubild).

„Handlungsfähigkeit des Landes“ kann aber auch in einem strengerem Sinn verstanden werden. Schließlich stehen nicht alle Einnahmen des Staates der Landespolitik zur freien Disposition. Die Gesamteinnahmen umfassen ja beispielsweise auch die Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, zweckgebundenen Zuweisungen und Zuschüssen und einmaligen Vermögensveräußerungen. Als „frei“ und laufend verfügbare Finanzmittel determinieren daher auf der Einnahmeseite des Landeshaushaltes letztlich die Steuereinnahmen die Handlungsfähigkeit des Staates. Doch auch auf die Relation aus Personalausgaben und Steuereinnahmen des Landes (**Steuerlastquote**) kann sich der Staatssekretärsausschuss zur Untermauerung seiner Aussage nicht gestützt haben, denn hier weist die amtliche Statistik für Hessen — gleichauf mit dem Land Nordrhein-Westfalen — zuletzt den regional und zeitlich (1998) günstigsten Wert aus (Schaubild S. 279/Tabelle 5).

Für die Behauptung einer aktuellen Bedrohung der finanziellen Handlungsfähigkeit durch die Entwicklung der Personalausgaben ist kein Beleg zu finden. Der Staatssekretärsausschuss trifft wohlgerne in seinem Bericht zu dieser Aussage keine Feststellungen zu möglichen zukünftigen Belastungen, wie durch die Formulierung „schon jetzt“ unmissverständlich deutlich wird.



6. Kennzahlen und -ziffern zur Belastung des Landes Hessen durch seine Personalausgaben 1950 – 1998

Jahr	Gesamtausgaben ¹⁾	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben ¹⁾	Zahlungen im Länderfinanzausgleich ²⁾	Personalausgaben (einschl. Versorgungsbezüge und dgl.) ¹⁾	Personal-ausgabenquote ³⁾	Steuerlastquote ⁴⁾	Personalausgabenquote (Gesamtausgaben ohne LFA-Zahlungen) ⁵⁾	Steuerlastquote (Steuereinnahmen abzgl. LFA-Zahlungen) ⁶⁾
1950	.	618	28	308	.	49,8	.	52,2
1955	.	941	9	572	.	60,8	.	61,4
1961	.	2 357	155	979	.	41,5	.	44,5
1970	7 058	4 870	290	2 787	39,5	57,2	41,2	60,9
1975	12 539	7 712	206	5 521	44,0	71,6	44,8	73,6
1980	16 827	11 924	298	7 503	44,6	62,9	45,4	64,5
1985	19 566	15 239	725	8 291	42,4	54,4	44,0	57,1
1990	25 269	19 053	1 446	9 942	39,3	52,2	41,7	56,5
1995	30 660	22 967	2 153	12 801	41,8	55,7	44,9	61,5
1996	32 807	24 828	3 240	13 006	39,6	52,4	44,0	60,2
1997	32 612	23 912	3 148	13 141	40,3	55,0	44,6	63,3
1998	32 580	25 825	3 435	13 357	41,0	51,7	45,8	59,7

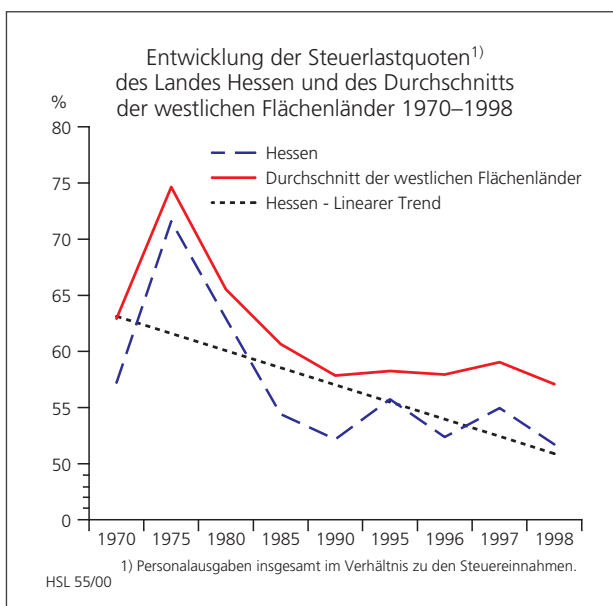
1) Quelle: Statistisches Bundesamt; 1970 bis 1997: Ergebnisse der Rechnungsstatistik; 1998: Ergebnisse der Kassenstatistik. — 2) Quelle: Bundesministerium der Finanzen; Finanzberichte der jeweiligen Jahre. — 3) Personalausgaben insgesamt im Verhältnis zu den Gesamtausgaben. — 4) Personalausgaben insgesamt im Verhältnis zu den Steuereinnahmen. — 5) Personalausgaben insgesamt im Verhältnis zu den Gesamtausgaben abzgl. der LFA-Zahlungen. — 6) Personalausgaben insgesamt im Verhältnis zu den Steuereinnahmen abzgl. der LFA-Zahlungen.

Zu Aussage 5: Die fünfte grundlegende Aussage in dem Bericht des Staatssekretärsausschusses über die Personallasten des Landes Hessen wird durch das statistische Datenmaterial als zutreffend belegt. Die hierzu aus dem amtlichen Datenmaterial vorgenommenen Berechnungen (Tabelle 5) zeigen für das Jahr 1997 kleinere, die Grundaussage allerdings nicht in Frage stellende, Abweichungen zu den Zahlen des Berichts, da beispielsweise die vom Staatssekretärsausschuss in seinen Berechnungen offenbar berücksichtigten Zahlungen des Landes im Rahmen der Bahnreform der amtlichen Statistik so nicht zu entnehmen sind und daher nicht in die Vergleichsberechnungen einfließen konnten. Allerdings wird in diesem Zusammenhang bei Betrachtung der Zeitreihenentwicklung auch in Tabelle 6 wiederum augenfällig, dass die Personalausgaben bei der Inanspruchnahme der Landesmit-

tel bzw. als Anteil an den Gesamtausgaben keineswegs einen wachsenden Faktor darstellen. Tatsächlich ist ihre Belastung für den Landeshaushalt tendenziell eher abnehmend, wohingegen die Transferzahlungen des Landes Hessen an die anderen Bundesländer deutlich zugenommen haben. Die Conclusio für die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes ist daher nicht auf die Personalausgaben, sondern auf den Länderfinanzausgleich abzustellen. In der Beteiligung des Landes Hessen an der Verfassungsklage zum Finanzausgleich im Jahr 1999 hat dies schließlich auch bereits Ausdruck gefunden.

Ausblick

Der amtlichen Statistik kommt in einem demokratisch verfassten, auf Partizipation und Teilnahme des Bürgers an der Politik ausgerichteten Staat die elementare Aufgabe zu, allen Ebenen der politischen Willensbildung objektive, vergleichbare Daten verfügbar zu machen. Nur über Datenmaterial, das den Grundsätzen der Objektivität und Wissenschaftlichkeit genügt, wird eine konsensuelle politische Auseinandersetzung möglich. Der demokratische Diskurs bedient sich dieser Institution und Infrastruktur, um politische Programme transparent zu entwickeln, Entscheidungen solide vorzubereiten, zu begründen und zu kontrollieren. Der Bericht des Staatssekretärsausschusses lässt diesbezüglich in seinen Grundaussagen zu den Belastungen des Landeshaushalts durch das aktive Personal, auf einem zentralen und grundlegenden Feld der Landespolitik, einige Fragen offen. Weder sind dem Bericht die Datenquellen und methodischen Grundlagen der Berechnung der verwendeten Kennzahlen und -ziffern zu entnehmen, noch haben offenbar andere politische Institutionen des Landes und im



Landen diesen Bericht ernsthaft und kritisch zur Kenntnis genommen.

Dem Personal, verstanden als "human capital", als vorrangigem und grundlegendem Produktionsfaktor des Dienstleistungskonzerns "Land Hessen", kommt natürlich eine Schlüsselfunktion in der Entwicklung der öffentlichen Finanzen

zu. Eine effiziente Ausstattung, mit gut ausgebildetem und motiviertem Personal, dessen Qualifikationsniveau über fundierte Personalentwicklungskonzepte kontinuierlich angehoben wird, ist angesichts von "Finanzkrisen" und den vielfältigen Zukunftsaufgaben, die politische Antworten, Entscheidungen und Lösungen verlangen, eine echte Alternative zu pauschalen Sparkonzepten. □

Dr. Hans-Peter Naumann in den Ruhestand versetzt



Der Leiter der Abteilung „Land- und Forstwirtschaft, Handel und Verkehr“ des Hessischen Statistischen Landesamtes, Regierungsdirektor Dr. Hans-Peter Naumann, ist mit Wirkung vom 1. September 2000 in den Ruhestand getreten. Der gebürtige Hildesheimer begann nach dem Abitur ein Studium zum Diplomkaufmann an der Johann Wolfgang

Goethe-Universität Frankfurt am Main, das er 1964 erfolgreich beendete.

Nach wissenschaftlichen Assistententätigkeiten am Institut für Wirtschaftswissenschaften und am Institut für ländliche Strukturforschung in Frankfurt, wo er sich mit Fragen der Gemeinsamen Agrarpolitik beschäftigte — die Verleihung der Doktorwürde im Juli 1972 erfolgte auf Grund einer Dissertation, die sich mit den Möglichkeiten und Grenzen der Beeinflussung des Milchmarktes be-

fasste — trat er fast auf den Tag genau vor 25 Jahren am 1. Oktober 1975 in den Dienst des Hessischen Statistischen Landesamtes, wo er die Leitung des Referates „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ übernahm. Ein Schwerpunkt seiner Tätigkeit war dabei die Vorbereitung und Durchführung der Landwirtschaftszählung 1979 in Hessen. Mit der Übernahme des Referates „Zentrales Veröffentlichungswesen“ im Juli 1982 begann für Dr. Naumann eine fächerübergreifende Tätigkeit, die rund zehn Jahre andauerte, bevor im Mai 1992 mit der Berufung zum Leiter der Abteilung „Land- und Forstwirtschaft, Handel und Verkehr“ die Agrarstatistik wieder in seinen Aufgabenbereich fiel. Geprägt war diese Zeit seiner Tätigkeit von teilweise einschneidenden Veränderungen der Agrarstatistik vor dem Hintergrund knapper werdender Finanzmittel und dem Ziel der Entlastung von Auskunftspflichtigen.

Den scheidenden Abteilungsleiter begleiten der Dank für die geleistete Arbeit und die besten Wünsche für Gesundheit, Glück und Zufriedenheit.

Sozialhilfeempfänger in Hessen 1999

Zum zweiten Mal in Folge hat 1999 die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Hessen abgenommen, und zwar um 10 400 oder 4 % auf 242 400. War der Rückgang im Vorjahr teilweise noch durch den bereits Mitte 1997 gesetzlich angeordneten Wechsel von Bürgerkriegsflüchtlingen in den Zuständigkeitsbereich des Asylbewerberleistungsgesetzes bedingt, so hat diesmal neben der verbesserten wirtschaftlichen Lage wohl auch die Erhöhung des Kindergeldes dazu beigetragen. Jedenfalls ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern gegenüber dem Vorjahr überdurchschnittlich gesunken, wogegen die Abnahme nichtdeutscher Empfänger — bei Zuwächsen der Personen ab 40 Jahren — nur recht gering ausfiel. Trotzdem waren neben den Ausländern insgesamt unverändert Kinder sowie deutsche alleinerziehende und ältere Frauen überrepräsentiert. Während unter den deutschen Bedarfsgemeinschaften die Haushalte mit nur einer Person dominierten, waren unter den nichtdeutschen solche mit drei oder mehr Personen weitaus stärker vertreten. Hauptsächlich in Abhängigkeit von der Größe und der Art der Bedarfsgemeinschaften errechnen sich die individuellen Ansprüche. Im Durchschnitt betrug 1999 der aus Regelsätzen und Mietkosten ermittelte monatliche Bruttobedarf gut 1700 DM. Infolge eines angerechneten Einkommens von knapp 770 DM ergab sich daraus ein Nettoanspruch von nahezu 950 DM je Bedarfsgemeinschaft. Mit über drei Fünfteln entfiel der größte Anteil davon auf die Mieten, deren Höhe bei 585 DM lag. Für sie hatten die Sozialhilfeträger somit rechnerisch im Monat allein einen Betrag von 73 Mill. DM aufzubringen. In der Summe waren die kreisfreien Städte deutlich stärker belastet als die Landkreise, da in ihnen nicht nur relativ mehr Sozialhilfeempfänger lebten, sondern auch der Nettoanspruch mit über 1070 DM je Bedarfsgemeinschaft und Monat um 220 DM höher war. Ausschlaggebend für diese außerordentlich hohe Differenz war neben der Höhe der Mietkosten und der unterschiedlichen Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaften ein beträchtlicher Fehler im Datenmaterial der Stadt Frankfurt am Main, der bis auf das Landesergebnis durchschlug. Ansonsten war nämlich der durchschnittliche Nettoanspruch in den Kreisen gegenüber 1998 nicht selten rückläufig.

Empfängerzahlen weiter rückläufig

Am Jahresende 1999 erhielten in Hessen 242 400 Menschen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) außerhalb von Einrichtungen, die „klassische“ Form der Fürsorgeunterstützung¹⁾ nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG). Darunter befanden sich etwa 5500 Personen, denen die Sozialhilfe lediglich als Vorleistung für zu erwartende Zahlungen anderer Sozialleistungsträger zukam, wie z. B. der Rentenversicherung oder der Arbeitslosenversicherung²⁾. Die Gesamtzahl der HLU-Empfänger ist damit nochmals um 10 400 Personen oder gut 4 % zurückgegangen, nachdem bereits im Vorjahr 9400 Empfänger weniger gezählt worden waren als 1997. Während der Rückgang im Jahr 1998 — wie die überproportionale Abnahmequote ausländischer HLU-Empfänger zeigt — zum Teil auf eine Verschiebung der anspruchsberechtigten Personenkreise³⁾ zurückzuführen war, waren da-

für 1999 andere Gründe maßgebend. In erster Linie sind hier die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Hessen und die Erhöhung des Kindergeldes Anfang 1999 zu nennen. Die Daten für den Arbeitsmarkt wiesen am Jahresende 1999 mit 229 500 arbeitslos gemeldeten Personen eine um 18 500 niedrigere Zahl aus als ein Jahr davor. Damit war die Arbeitslosenquote innerhalb eines Jahres von 9,8 auf 9,0 % gesunken. Dass gleichzeitig die Erhöhung des Kindergeldes um

1) Daneben bezogen, wie schon im Vorjahr, etwa 800 in Einrichtungen lebende Personen HLU; sie sind in den Tabellen und in der Kommentierung nicht enthalten.

2) So war rund ein Drittel der Vorleistungsempfänger arbeitslos, was allerdings nicht automatisch auch Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung nach sich ziehen muss.

3) Durch das „Erste Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes“ vom 26. Mai 1997 (BGBl. I. S. 1130) waren die Bürgerkriegsflüchtlinge ab Mitte 1997 aus dem Bereich des BSHG in den des Asylbewerberleistungsgesetzes mit abgesenkten Leistungen überstellt worden; trotzdem waren am Ende des Jahres 1997 noch knapp 3000 Bürgerkriegsflüchtlinge als HLU-Empfänger gemeldet worden.

Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen von 1994 bis 1999¹⁾

Jahr	Empfänger insgesamt	Zu- bzw. Abnahme(-) ²⁾	Von den Empfängern waren					
			Deutsche		Zu- bzw. Abnahme (-) ²⁾	Nichtdeutsche		Zu- bzw. Abnahme (-) ²⁾
			Anzahl	%		Anzahl	%	
1994	230 239	.	148 888	64,7	.	81 351	35,3	.
1995	245 744	6,7	163 850	66,7	10,0	81 894	33,3	0,7
1996	261 620	6,5	172 933	66,1	5,5	88 687	33,9	8,3
1997	262 196	0,2	176 086	67,2	1,8	86 110	32,8	- 2,9
1998	252 816	- 3,6	172 806	68,4	- 1,9	80 010	31,6	- 7,1
1999	242 407	- 4,1	164 620	67,9	- 4,7	77 787	32,1	- 2,8

1) Jeweils am Jahresende. — 2) Jeweils gegenüber dem Vorjahr.

20 DM die Sozialhilfebedürftigkeit reduzierte, wird dadurch dokumentiert, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften von HLU-Empfängern mit Kindern unter 18 Jahren um 5 % zurückging, diejenige der Bedarfsgemeinschaften ohne Kinder dagegen nur um knapp 2 %. Der nunmehr zweite Gesamtrückgang von Hilfeempfängern hintereinander ist auch deshalb bemerkenswert, weil es in den Vorjahren seit 1994, als die Asylbewerber aus dem Kreis der Sozialhilfeberechtigten herausgenommen worden waren, kräftige Zunahmen um zusammen 32 000 Personen gegeben hatte.

Die Abnahme war 1999 bei deutschen HLU-Empfängern mit 8200 oder fast 5 % deutlich höher als bei den nichtdeutschen mit nur 2200 oder knapp 3 %. In der Vergangenheit hatte es allerdings zum Teil noch viel größere Differenzen bei den diesbezüglichen Veränderungsraten gegeben. Auch innerhalb der beiden Bevölkerungsgruppen verlief die Entwicklung nicht einheitlich: Bei den Deutschen war — bei sonst durchgängig rückläufigen Zahlen — eine leichte Zunahme von Personen im Alter zwischen 60 und 65 Jahren beiderlei Geschlechts und von Männern im Alter von 65 bis unter 75 Jahren zu verzeichnen. Bei den Ausländern haben sich die Empfängerzahlen in allen Altersgruppen ab 60 Jahren sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern leicht erhöht. Zudem ist bei ihnen in den Altersgruppen von 7 bis unter 15, von 40 bis unter 50 sowie von 50 bis unter 60 Jahren die Zahl der weiblichen Empfänger stärker gestiegen, als die der männlichen gesunken ist.

Kinder, Nichtdeutsche und Alleinerziehende weiter überrepräsentiert

Trotzdem hat sich dadurch an den Relationen zwischen den einzelnen Gruppen der HLU-Empfänger nicht sehr viel geändert: Gut 135 000 und damit fast 56 % waren Ende 1999 weiblich. Dieses relativ höhere Sozialhilferisiko bestand zwar nach wie vor überwiegend bei deutschen Frauen (57 %), doch hat sich auch bei den Nichtdeutschen das Verhältnis etwas zu Lasten der Frauen verschoben, die mit fast 41 000 über 52 % aller ausländischen Hilfeempfänger stellten. Männliche HLU-Empfänger waren in beiden Bevölkerungsgruppen nur bei den Minderjährigen in der Überzahl. Insgesamt bezogen Ende 1999 fast 78 000 Nichtdeutsche Sozialhilfe; das war unverändert ein knappes Drittel aller HLU-Empfänger, aber schon gut jeder zehnte in Hessen lebende Ausländer gegenüber nur jedem 33. Deutschen. Diese Schere hat sich gegenüber dem Vorjahr sogar noch etwas weiter geöffnet.

Knapp 88 000 HLU-Bezieher hatten Ende 1999 das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet. Das waren zwar weiterhin deutlich mehr als ein Drittel, doch hat sich — bezogen auf die über 1,1 Millionen in Hessen lebenden Minderjährigen — die Situation etwas entspannt: Nur noch jedes 14. Kind (im Vorjahr noch jedes 12.) war zumindest teilweise auf Sozial-

Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt¹⁾ am 31. Dezember 1999 nach Altersgruppen, Geschlecht und Staatsangehörigkeit

Altersgruppe in Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Deutsche						
Unter 7	26 254	15,9	13 435	19,1	12 819	13,6
7 bis unter 15	26 156	15,9	13 400	19,1	12 756	13,5
15 bis unter 18	7 043	4,3	3 458	4,9	3 585	3,8
18 bis unter 21	5 980	3,6	2 360	3,4	3 620	3,8
21 bis unter 30	18 548	11,3	6 108	8,7	12 440	13,2
30 bis unter 40	27 615	16,8	9 716	13,8	17 899	19,0
40 bis unter 50	19 622	11,9	8 890	12,6	10 732	11,4
50 bis unter 60	13 864	8,4	6 566	9,3	7 298	7,7
60 bis unter 65	6 686	4,1	3 034	4,3	3 652	3,9
65 bis unter 75	7 289	4,4	2 568	3,7	4 721	5,0
75 oder mehr	5 563	3,4	749	1,1	4 814	5,1
Insgesamt	164 620	100	70 284	100	94 336	100
Nichtdeutsche						
Unter 7	11 547	14,8	5 895	15,9	5 652	13,9
7 bis unter 15	12 857	16,5	6 660	18,0	6 197	15,2
15 bis unter 18	4 059	5,2	2 144	5,8	1 915	4,7
18 bis unter 21	3 054	3,9	1 437	3,9	1 617	4,0
21 bis unter 30	9 985	12,8	4 047	10,9	5 938	14,6
30 bis unter 40	12 638	16,2	5 672	15,3	6 966	17,1
40 bis unter 50	8 090	10,4	3 818	10,3	4 272	10,5
50 bis unter 60	6 290	8,1	2 910	7,9	3 380	8,3
60 bis unter 65	3 617	4,6	1 724	4,7	1 893	4,6
65 bis unter 75	4 385	5,6	2 159	5,8	2 226	5,5
75 oder mehr	1 265	1,6	530	1,4	735	1,8
Insgesamt	77 787	100	36 996	100	40 791	100
Insgesamt						
Unter 7	37 801	15,6	19 330	18,0	18 471	13,7
7 bis unter 15	39 013	16,1	20 060	18,7	18 953	14,0
15 bis unter 18	11 102	4,6	5 602	5,2	5 500	4,1
18 bis unter 21	9 034	3,7	3 797	3,5	5 237	3,9
21 bis unter 30	28 533	11,8	10 155	9,5	18 378	13,6
30 bis unter 40	40 253	16,6	15 388	14,3	24 865	18,4
40 bis unter 50	27 712	11,4	12 708	11,8	15 004	11,1
50 bis unter 60	20 154	8,3	9 476	8,8	10 678	7,9
60 bis unter 65	10 303	4,3	4 758	4,4	5 545	4,1
65 bis unter 75	11 674	4,8	4 727	4,4	6 947	5,1
75 oder mehr	6 828	2,8	1 279	1,2	5 549	4,1
Insgesamt	242 407	100	107 280	100	135 127	100

1) Außerhalb von Einrichtungen.

hilfe angewiesen. Von allen Einwohnern ab 18 Jahren zusammen war es allerdings unverändert nur etwa jeder 30., darunter mit 18 500 Personen nicht einmal jeder 50. der älteren Einwohner ab 65 Jahren. Hier waren vor allem Frauen betroffen, auf die — meist wohl wegen unzureichender Rentenansprüche — allein 12 500 oder sieben Zehntel der Hilfeempfänger dieses Alters entfielen. Bei diesen wiederum handelte es sich zu 76 % um deutsche Frauen, bei den ab 75-Jährigen sogar zu 87 %. Lediglich in der letztgenannten Altersgruppe waren nichtdeutsche Frauen mit einem Anteil von 13 % relativ schwach vertreten, während sie ansonsten meist rund ein Drittel der Hilfeempfängerinnen stellten. Die Anteile der männlichen Nichtdeutschen an sämtlichen HLU-Empfängern männlichen Geschlechts waren in fast allen Altersgruppen noch etwas höher und erreichten gerade bei den „Senioren“ mit 41 % (ab 75 Jahren) bzw. sogar fast 46 % (von 65 bis unter 75 Jahren) die höchsten Werte. In al-

**Bedarfsgemeinschaften von Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt¹⁾ 1999
und durchschnittliche monatliche Beträge nach Typ der Bedarfsgemeinschaft und Haushaltsgröße**

Typ der Bedarfsgemeinschaft Haushaltsgröße	Bedarfsgemeinschaften am 31. 12.				Brutto- bedarf	davon				Angerech- netes Ein- kommen ³⁾	Nettoanspruch	
	insgesamt		darunter mit angerechnetem Einkommen			Regelsätze ²⁾		anerkannte Bruttokaltmiete				
	Anzahl	%	Anzahl	% ⁴⁾		DM		% ⁵⁾	DM		% ⁵⁾	DM
Bedarfsgemeinschaften mit Haushaltsvorstand davon	107 097	85,8	91 010	85,0	1 804	1 174	65,1	630	34,9	816	988	54,8
Ehepaar ohne Kinder unter 18 Jahren	9 765	7,8	8 368	85,7	1 884	1 244	66,0	640	34,0	856	1 028	54,6
Ehepaar mit Kindern unter 18 Jahren	14 388	11,5	14 098	98,0	2 862	1 987	69,4	875	30,6	1 552	1 310	45,8
davon mit												
1 Kind	5 018	4,0	4 901	97,7	2 303	1 566	68,0	737	32,0	1 125	1 178	51,2
2 Kindern	4 997	4,0	4 915	98,4	2 761	1 910	69,2	851	30,8	1 496	1 265	45,8
3 oder mehr Kindern	4 373	3,5	4 282	97,9	3 619	2 559	70,7	1 060	29,3	2 105	1 514	41,8
Alleinlebende Frau	28 213	22,6	22 723	80,5	1 281	757	59,1	524	40,9	519	762	59,5
Alleinlebender Mann	24 810	19,9	16 387	66,0	1 157	696	60,2	461	39,8	336	821	71,0
Alleinerziehende Frau	25 266	20,2	24 959	98,8	2 309	1 560	67,6	749	32,4	1 118	1 191	51,6
davon mit												
1 Kind	13 832	11,1	13 689	99,0	1 924	1 253	65,1	671	34,9	845	1 079	56,1
2 Kindern	7 892	6,3	7 817	99,0	2 536	1 739	68,6	797	31,4	1 309	1 227	48,4
3 oder mehr Kindern	3 542	2,8	3 453	97,5	3 304	2 356	71,3	948	28,7	1 758	1 546	46,8
Alleinerziehender Mann	839	0,7	809	96,4	2 174	1 439	66,2	735	33,8	1 067	1 107	50,9
Nichteheliche Lebensgemeinschaft ohne Kinder unter 18 Jahren	1 594	1,3	1 467	92,0	1 793	1 166	65,0	627	35,0	869	924	51,5
mit Kindern unter 18 Jahren	2 222	1,8	2 199	99,0	2 630	1 795	68,3	835	31,7	1 450	1 180	44,9
Bedarfsgem. ohne Haushaltsvorstand ⁶⁾	12 467	10,0	7 425	59,6	711	549	77,2	162	22,8	194	517	72,7
Übrige Bedarfsgemeinschaften	5 282	4,2	4 882	92,4	2 219	1 554	70,0	665	30,0	1 095	1 124	50,7
Bedarfsgemeinschaften i n s g e s a m t	124 846	100,0	103 317	82,8	1 713	1 128	65,8	585	34,2	766	947	55,3
davon mit												
1 Person	58 522	46,9	41 590	71,1	1 144	700	61,2	444	38,8	397	747	65,3
2 Personen	28 590	22,9	25 618	89,6	1 761	1 153	65,5	608	34,5	771	990	56,2
3 Personen	18 241	14,6	17 410	95,4	2 188	1 487	68,0	701	32,0	1 081	1 107	50,6
4 Personen	10 895	8,7	10 481	96,2	2 592	1 804	69,6	788	30,4	1 355	1 237	47,7
5 Personen	4 974	4,0	4 776	96,0	3 024	2 128	70,4	896	29,6	1 671	1 353	44,7
6 oder mehr Personen	3 624	2,9	3 442	95,0	3 686	2 641	71,6	1 045	28,4	2 079	1 607	43,6

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Einschl. Mehrbedarfzuschlägen. — 3) Auf Regelsatzleistungen und eventuelle Zuschläge. — 4) Anteil an den Bedarfsgemeinschaften insgesamt. — 5) Anteil vom Bruttobedarf. — 6) In der Regel volljährige Kinder.

len Altersgruppen von 15 bis zu unter 40 Jahren waren immerhin nahezu zwei Fünftel der männlichen Sozialhilfeempfänger Ausländer.

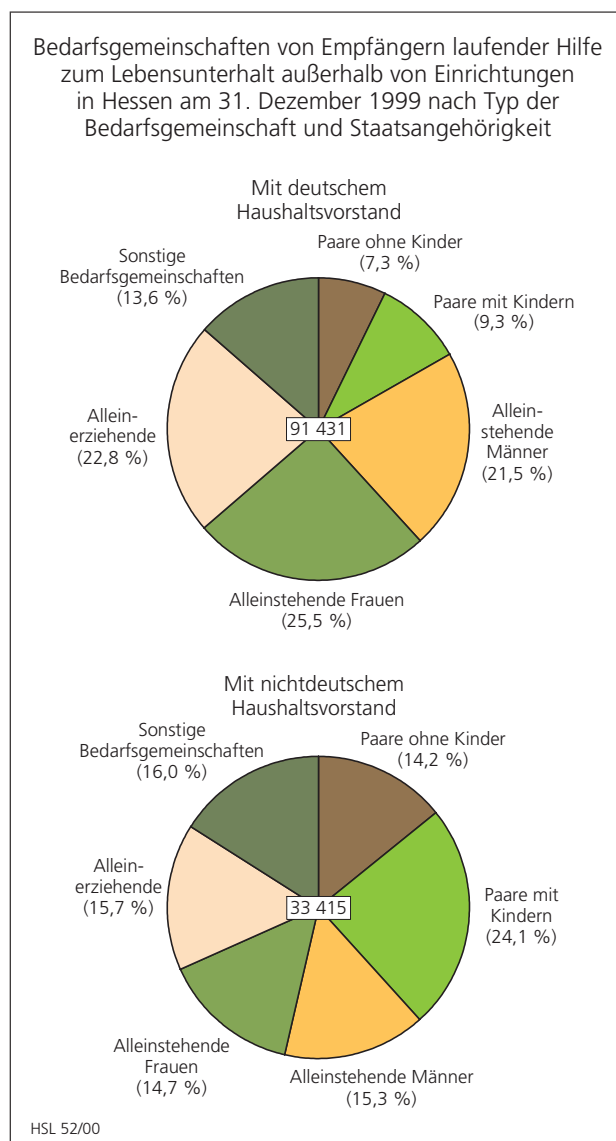
Neben den älteren Frauen waren auch Frauen der Altersgruppen von 21 bis unter 30 und vor allem von 30 bis unter 40 Jahren relativ häufiger auf Sozialhilfe angewiesen als gleichaltrige Männer, und zwar im Wesentlichen bei den Deutschen. Den 15 800 deutschen Männern dieser beiden Altersgruppen zusammen standen fast doppelt so viele Frauen gegenüber, nämlich 30 300. Bei den Ausländern gleichen Alters kamen auf 9700 Männer dagegen 12 900 Frauen. Diesen beiden Altersgruppen dürfte der größte Teil der 25 300 alleinerziehenden Frauen angehören, die Ende 1999 HLU bezogen. Zusammen mit den über 800 alleinerziehenden Männern stellten sie gut ein Fünftel aller rund 125 000 so genannten „Bedarfsgemeinschaften“, die in etwa einem Haushalt nach der üblichen Definition entsprechen und für die — überwiegend auf der Basis von Regelsätzen und Mietkosten — die Sozialhilfeleistungen ermittelt werden. Da zu den Bedarfsgemeinschaften auch jeweils die Kinder unter 18 Jahren⁴⁾ zählen, hat der hohe Anteil der Alleinerziehenden

natürlich auch Auswirkungen auf die Altersstruktur der Empfänger: In den „Haushalten“ von Alleinerziehenden lebten allein knapp 42 500 minderjährige Kinder; das waren entgegen der ansonsten rückläufigen Tendenz etwa gleich viele wie im Vorjahr und damit fast jedes zweite der Kinder, die Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen, insgesamt.

Den größten Teil der Bedarfsgemeinschaften stellten mit reichlich 42 % allerdings die über 53 000 — als „einzeln nachgewiesene Haushaltsvorstände“ — alleinlebenden Personen, darunter 28 200 bzw. 53 % Frauen. Diese Zahlen haben sich gegenüber dem Vorjahr übrigens kaum verändert. Die 16 600 Paare mit Kindern unter 18 Jahren, 2000 weniger als 1998, entsprachen einem Anteil von gut 13 % aller Bedarfsgemeinschaften. Paare ohne minderjährige Kinder waren dagegen nur mit 11 400 bzw. einem Anteil von 9 % vertreten. Unverändert groß waren jedoch die Strukturunterschiede zwischen den Bedarfsgemeinschaften mit deutschem und denen mit nichtdeutschem Haushaltsvorstand.

4) Kinder ab 18 Jahren werden dagegen nicht im Haushaltszusammenhang nachgewiesen, sondern bilden auf Grund der rechtlichen Vorgaben eine eigene Bedarfsgemeinschaft; sie sind in der Gruppe „Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand“ enthalten.

Unter den 91 400 deutschen Haushalten mit HLU-Bezug dominierten die alleinstehenden Frauen mit reichlich 25 % vor den Alleinerziehenden mit annähernd 23 % und den alleinstehenden Männern mit über 21 %. Bei den 33 400 ausländischen Haushalten bildeten die Paare mit Kindern mit einem Anteil von 24 % die größte Gruppe vor den übrigen Bedarfsgemeinschaften und den Alleinerziehenden (jeweils rund 16 %) sowie den alleinstehenden Männern und Frauen (jeweils rund 15 %). Einen fast doppelt so hohen Anteil wie bei den Deutschen hatten bei ihnen die Paare ohne minderjährige Kinder, woraus sich insgesamt eine viel gleichmäßigere Verteilung auf die einzelnen Haushaltstypen ergab. Auch die Größe der Bedarfsgemeinschaften differierte erheblich: Nicht einmal jede zweite deutsche, aber zwei von drei nicht-deutschen Bedarfsgemeinschaften bestanden aus mindestens zwei Personen. Trotz der insgesamt viel niedrigeren Anzahl hatten die Nichtdeutschen bei den „Haushalten“ mit fünf oder mehr Personen sogar absolut betrachtet ein Übergewicht.



Durchschnittlicher Bruttobedarf auf über 1700 Mark gestiegen?

Die Berechnung der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt erfolgt nach den Vorschriften des Bundessozialhilfegesetzes auf der Basis von so genannten **Regelsätzen**, deren Höhe jährlich zum 1. Juli neu festgesetzt wird. Sie enthalten die Aufwendungen für Ernährung, hauswirtschaftlichen Bedarf und Bedürfnisse des täglichen Lebens, nicht jedoch die **Mietkosten**. Diese werden separat in ihrer tatsächlichen Höhe gezahlt, ebenso auch die Kosten für bestimmte größere Anschaffungen. Einigen Personengruppen, vor allem einem Teil der Alleinerziehenden und der Personen ab dem 65. Lebensjahr, werden wegen höherer Belastung zusätzlich zu den vorstehenden Leistungen sogenannte **Mehrbedarfszuschläge** gewährt. Dies war in Hessen 1999 bei rund jedem sechsten aller HLU-Empfänger der Fall. Aus den personenbezogen gestaffelten Regelsätzen, den Mietkosten und den eventuellen Mehrbedarfszuschlägen wird für jede Haushalts-Gemeinschaft von HLU-Empfängern ein individueller **monatlicher Bruttobedarf** ermittelt. Er lag am Jahresende 1999 für die Bedarfsgemeinschaften in Hessen bei durchschnittlich gut 1710 DM und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 74 DM oder um 4,5 % erhöht. Da jedoch die Durchschnittsmiete nur moderat um 6 DM oder 1 % pro Monat und Haushalt gestiegen ist, ergibt sich rechnerisch für die Regelsatzkosten (einschl. der Mehrbedarfszuschläge) ein Zuwachs um 68 DM oder 6 %. In der Realität ist aber der monatliche Regelsatz für den Haushaltsvorstand seit Mitte 1999 lediglich um 7 DM oder 1,3 % auf 548 DM angehoben worden. Zudem hat sich die Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaften gegenüber dem Vorjahr nicht in einem Maße geändert (z. B. durch einen wesentlich höheren Anteil von großen Haushalten), dass sich der Anstieg daraus herleiten ließe, zumal er in allen Typen von Bedarfsgemeinschaften zu beobachten ist. Eine Erklärung findet sich erst bei einer Betrachtung der Regionalergebnisse, die für die kreisfreie Stadt Frankfurt am Main eine eklatante Abweichung gegenüber dem Vorjahr und ebenso gegenüber allen übrigen Verwaltungsbezirken aufweisen. Da die Mainmetropole mit 22 700 fast ein Fünftel aller Bedarfsgemeinschaften in Hessen stellte, wirkten sich ihre überhöhten Beträge bis auf das Landesergebnis aus. Das zeigt schon ein kurzer Blick auf die Unterschiede zwischen einigen wenigen Haushaltstypen im Vergleich mit den Vorjahresergebnissen.

Die Abstände der Beträge für die einzelnen in der Tabelle nachgewiesenen Haushaltstypen, die stark von der jeweiligen Zusammensetzung und insbesondere von der Haushaltsgröße abhängen, haben sich nur recht wenig verschoben. Der höchste Bruttobedarf wurde auch 1999 mit 3620 DM für Ehepaare mit mindestens drei Kindern ermittelt. Ebenfalls weit über 3000 DM lag der Bedarf noch bei den alleinerziehenden Frauen mit drei oder mehr Kindern. In beiden Fällen würde dies einen Anstieg gegenüber 1998 um fast

200 DM oder rund 6 % bedeuten. Hier schlägt die „Erhöhung“ bei den entsprechenden Frankfurter Haushalten um jeweils über 1000 DM oder mehr als 30 % durch, obwohl sie nur auf einen Anteil von 13 bzw. 15 % dieser Haushalte in Hessen kamen. Andererseits war jedoch, bezogen auf einzelne Personen, wegen des hohen Fixkostenanteils unverändert der Bruttobedarf von Alleinstehenden am größten, und zwar mit über 1280 DM bei weiblichen und fast 1160 DM bei männlichen. Dass hier die Zuwachsrate mit jeweils gut 5 % ebenfalls überdurchschnittlich hoch war, hängt damit zusammen, dass in Frankfurt — obwohl dort für diesen Personenkreis die „Steigerungsrate“ des Bruttobedarfs bei „nur“ rund 15 % lag — ein Viertel aller alleinstehenden hessischen HLU-Empfänger lebte.

Auswirkungen auch auf den Nettoanspruch

Scheint der Bruttobedarf, auch wenn er als Grundlage für die eigentliche Leistungsberechnung dient, noch ein eher fiktiver Wert zu sein, so ist der **Nettoanspruch** als tatsächlicher Kostenfaktor für die Träger der Sozialhilfe von besonderer Bedeutung. Er wäre zudem auch in Verbindung mit der Statistik der Ausgaben und Einnahmen⁵⁾ zumindest in seiner Größenordnung zu überprüfen. Hier zeigt sich allerdings ein Mangel am derzeitigen Meldesystem, dass nämlich die Empfängerdaten mittlerweile in den weitaus meisten Fällen maschinell erstellt und ohne Prüfungsmöglichkeit durch die abgebende Stelle an das Statistische Landesamt geliefert werden. Ansonsten hätte ein durchschnittlicher monatlicher Nettoanspruch in Höhe von 1290 DM pro Haushalt in Frankfurt schon auffallen müssen, da er, auf das Jahr hochgerechnet, zu Ausgaben von weit über 350 Mill. DM für die Hilfe zum Lebensunterhalt geführt hätte, während bei der Ausgabenstatistik nur rund 290 Mill. DM angegeben worden waren. Zwar ist das angerechnete Einkommen, das in den meisten Fällen aus Wohngeld, Kindergeld, Einkünften aus unselbstständiger Arbeit, privaten Unterhaltsleistungen oder Altersrente besteht und für die Berechnung des Nettoanspruchs vom Bruttobedarf abgezogen wird, in Frankfurt wegen der geringeren Kinderzahl (Kindergelderhöhung) weniger gestiegen als im Landesdurchschnitt (9 gegenüber 21 DM), doch hätte sich daraus niemals eine Erhöhung des Nettoanspruchs um über 340 DM innerhalb eines Jahres ergeben können. Ähnliches gilt für die monatliche Bruttokaltmiete, obwohl ihr Anstieg in Frankfurt mit 16 DM höher war als im Landesdurchschnitt. Unter diesen Vorbedingungen wurde landesweit eine Erhöhung des Nettoanspruchs um über 50 DM auf fast 950 DM für eine durchschnittliche Bedarfsgemeinschaft errechnet. Nachträglich ist jetzt aber eine Überprüfung, welche Beträge fälschlicherweise in die Bedarfsberechnung eingeflossen sind, nicht mehr möglich, jedenfalls nicht ohne Einsicht in die Originalakten und einen

Vergleich mit den gelieferten Datensätzen. Auf mögliche Verzerrungen der Daten zum Nettoanspruch in der Tabelle sei deshalb hingewiesen, ohne die Ergebnisse für einzelne Gruppen von Bedarfsgemeinschaften weiter zu kommentieren.

Plausibel sind dagegen für das Jahr 1999 die Daten für die Mietkosten, die eine ganz erhebliche Auswirkung auf die Sozialhilfeausgaben hatten, unabhängig davon, dass jedem zweiten Haushalt von HLU-Empfängern Wohngeld gewährt wurde. Aus einer Miete von 585 DM je Haushalt und Monat errechnen sich für das Jahr 1999 monatliche Ausgaben in Höhe von rund 73 Mill. DM. Ihr Anteil am gesamten Nettoanspruch wäre damit von 65 auf unter 62 % gesunken. Bei sämtlichen Typen von Bedarfsgemeinschaften (außer den wenigen ohne Haushaltsvorstand, die aber wegen ihrer besonderen Zusammensetzung nicht vergleichbar sind) war die Miete trotz der etwas verschobenen Relationen ein weitaus größerer Ausgabenfaktor als die eigentlichen Sozialhilfesätze nach Abzug des anzurechnenden Einkommens. Auf eine weitergehende Kommentierung dieser Anteile für die verschiedenartigen Bedarfsgemeinschaften wird wegen der vorgenannten Gründe verzichtet, während die starke Abhängigkeit der Miethöhe von der Haushaltsgröße aus der Tabelle leicht ersichtlich ist.

Kreisfreie Städte weiterhin stärker belastet

Von den insgesamt 242 400 Personen, die Ende 1999 in Hessen Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen bezogen, lebten gut 147 800 in den 21 Landkreisen und knapp 94 600 in den fünf kreisfreien Städten. Obwohl bei Letzteren der Rückgang gegenüber 1998 etwas höher war, entfielen damit auf die wenigen hessischen Großstädte unverändert nahezu zwei Fünftel aller Sozialhilfeempfänger. Sie waren demnach mit im Durchschnitt 69 Sozialhilfeempfängern auf 1000 Einwohner mehr als doppelt so stark belastet wie die Landkreise mit lediglich 32. Mit Abstand am stärksten betroffen waren dabei die kreisfreie Stadt Kassel (103), während Offenbach am Main (74) durch eine besonders hohe Abnahme um über 21 % (im Wesentlichen bedingt durch Maßnahmen zur Eingliederung Arbeitsloser ins Erwerbsleben, z. T. wegen vorher falscher Zuordnung von Bürgerkriegsflüchtlingen) hinter die Landeshauptstadt Wiesbaden (76) zurückfiel. Unter den Landkreisen blieben — bei leicht rückläufigen Werten — der Landkreis Gießen (47) und der Schwalm-Eder-Kreis (40) am weitesten über dem Durchschnitt. Landesweit am günstigsten war dagegen die Situation im Main-Taunus-Kreis (20) und im Odenwaldkreis (22).

Dabei sind die Empfängerzahlen gegenüber dem Vorjahr in fast allen Verwaltungsbezirken zurückgegangen, nur in drei von ihnen waren Zunahmen zu verzeichnen. In zwei dieser Fälle, nämlich im Landkreis Groß-Gerau und im Hochtaunuskreis, war dies hauptsächlich auf Untererfassungen bei je-

⁵⁾ Vgl. dazu im Einzelnen: „Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber in Hessen 1999“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 55. Jahrg., Heft 8, August 2000, S. 241 ff.

**Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt¹⁾ nach ausgewählten Merkmalen am 31. 12. 1999
und monatlicher Nettoanspruch einer Bedarfsgemeinschaft im Jahr 1999 in den Verwaltungsbezirken**

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt									Durchschnittlicher monatlicher Nettoanspruch einer Bedarfsgemeinschaft		
	ins- gesamt	Zu- bzw. Abnah- me (–) gegen- über 1998	auf 1000 Ein- woh- ner ²⁾	Unter den Empfängern waren								
				Deutsche		unter 18 Jahre alt		Einzelpersonen		ins- gesamt	darunter anerkannte Bruttokaltmiete	
				Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%
Darmstadt, St.	7 650	– 2,2	56	5 319	69,5	2 784	36,4	1 775	23,2	782	610	78,0
Frankfurt am Main, St.	37 789	– 2,4	59	21 550	57,0	11 310	29,9	13 167	34,8	1 290	648	50,2
Offenbach am Main, St.	8 577	– 21,2	74	4 689	54,7	3 018	35,2	2 130	24,8	978	643	65,7
Wiesbaden, St.	20 220	– 6,7	76	13 528	66,9	6 873	34,0	5 327	26,3	1 049	710	67,7
Bergstraße	6 909	– 1,7	26	4 671	67,6	2 813	40,7	1 269	18,4	808	540	66,8
Darmstadt-Dieburg	7 275	– 2,4	26	4 586	63,0	2 788	38,3	1 435	19,7	871	602	69,1
Groß-Gerau	7 394	12,8	30	4 287	58,0	2 913	39,4	1 293	17,5	958	655	68,4
Hochtaunuskreis	5 824	25,1	26	3 251	55,8	2 072	35,6	1 259	21,6	896	697	77,8
Main-Kinzig-Kreis	12 555	– 4,9	31	8 786	70,0	4 811	38,3	2 534	20,2	893	623	69,8
Main-Taunus-Kreis	4 351	– 6,7	20	2 543	58,4	1 663	38,2	819	18,8	903	634	70,2
Odenwaldkreis	2 141	– 10,2	22	1 530	71,5	880	41,1	333	15,6	773	538	69,6
Offenbach	10 957	– 1,8	33	5 881	53,7	4 242	38,7	1 893	17,3	859	630	73,3
Rheingau-Taunus-Kreis	4 804	1,5	26	3 559	74,1	1 900	39,6	810	16,9	781	648	83,0
Wetteraukreis	10 759	– 9,1	37	7 737	71,9	4 199	39,0	1 866	17,3	891	619	69,5
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	147 205	– 3,6	40	91 917	62,4	52 266	35,5	35 910	24,4	1 022	643	62,9
Gießen	11 718	– 8,7	47	7 800	66,6	4 569	39,0	2 180	18,6	816	501	61,4
Lahn-Dill-Kreis	7 736	– 2,7	30	6 205	80,2	2 949	38,1	1 172	15,1	936	509	54,4
Limburg-Weilburg	6 009	– 4,6	35	4 350	72,4	2 365	39,4	828	13,8	976	528	54,1
Marburg-Biedenkopf	7 101	– 6,8	28	5 512	77,6	2 616	36,8	1 318	18,6	771	475	61,6
Vogelsbergkreis	3 744	– 0,6	32	3 351	89,5	1 417	37,8	557	14,9	868	411	47,4
Reg.-Bez. G i e ß e n	36 308	– 5,6	34	27 218	75,0	13 916	38,3	6 055	16,7	863	492	57,0
Kassel, St.	20 324	– 1,8	103	13 481	66,3	6 842	33,7	4 994	24,6	797	564	70,8
Fulda	7 710	– 2,1	36	6 201	80,4	2 912	37,8	1 143	14,8	855	478	55,9
Hersfeld-Rotenburg	4 611	– 7,1	35	3 727	80,8	1 746	37,9	743	16,1	863	459	53,2
Kassel	8 889	– 7,8	36	7 141	80,3	3 548	39,9	1 416	15,9	795	474	59,6
Schwalm-Eder-Kreis	7 615	– 3,1	40	6 496	85,3	2 913	38,3	1 172	15,4	791	433	54,7
Waldeck-Frankenberg	5 554	– 10,8	33	4 781	86,1	2 169	39,1	876	15,8	766	406	53,0
Werra-Meißner-Kreis	4 191	– 3,2	37	3 658	87,3	1 604	38,3	714	17,0	732	359	49,0
Reg.-Bez. K a s s e l	58 894	– 4,4	47	45 485	77,2	21 734	36,9	11 058	18,8	800	487	60,9
Land H e s s e n	242 407	– 4,1	40	164 620	67,9	87 916	36,3	53 023	21,9	947	585	61,8
davon												
kreisfreie Städte	94 560	– 5,4	69	58 567	61,9	30 827	32,6	27 393	29,0	1 074	640	59,6
Landkreise	147 847	– 3,4	32	106 053	71,7	57 089	38,6	25 630	17,3	853	543	63,7

1) Außerhalb von Einrichtungen. — 2) Stand am 30. Juni 1999.

weils einer „Delegationsgemeinde“⁶⁾ im vorangegangenen Jahr zurückzuführen, die nach Aussage der dortigen Sozialämter aus Änderungen im Meldeverfahren resultierten. Mit Ausnahme der bereits erwähnten Stadt Offenbach am Main schwankte die Abnahmerate zwischen weniger als 1 % im Vogelsbergkreis und fast 11 % im Landkreis Waldeck-Frankenberg; weit unterdurchschnittlich war sie vor allem auch in der kreisfreien Stadt Kassel.

Die regionalen Unterschiede betreffen aber nicht nur die Entwicklung, sondern zeigen sich weiterhin auch in der Struktur

von Bedarfsgemeinschaften und HLU-Empfängern. So wurden besonders viele Einzelpersonen in den kreisfreien Städten ermittelt, wobei sie in Frankfurt am Main jeden dritten, in den anderen kreisfreien Städten etwa jeden vierten HLU-Empfänger stellten. Bezogen auf die Bedarfsgemeinschaften war es in Frankfurt sogar weit mehr als jede zweite, in den übrigen Großstädten annähernd jede zweite. Relativ viele Einzelpersonen unter den HLU-Empfängern gab es mit rund einem Fünftel auch im Hochtaunuskreis, im Main-Kinzig-Kreis und im Landkreis Darmstadt-Dieburg, am wenigsten dagegen im Landkreis Limburg-Weilburg mit nicht einmal 14 %. Noch größer war jedoch die Bandbreite zwischen den Verwaltungsbezirken bei den Nichtdeutschen: Zum Teil deut-

6) Die Aufgaben des örtlichen Trägers können auf Antrag vom zuständigen Landkreis auf größere Gemeinden übertragen werden.

lich über 40 % nichtdeutschen HLU-Empfängern in Stadt- und Landkreis Offenbach, im Hochtaunuskreis, in Frankfurt am Main sowie im Landkreis Groß-Gerau standen gerade einmal 10 % im Vogelsbergkreis gegenüber. Auch in allen nordhessischen Landkreisen sowie im mittelhessischen Lahn-Dill-Kreis lag der Ausländeranteil mehr oder weniger deutlich unter 20 %. Die teilweise ebenfalls größeren Unterschiede in der Altersstruktur blieben bestehen. Zwar lag der Anteil der Minderjährigen in der Regel bei 38 oder 39 %, doch gab es Abweichungen nach oben bis zu einem 41 %-Anteil im Odenwaldkreis und im Landkreis Bergstraße sowie nach unten bis zu einem 30 %-Anteil in Frankfurt am Main. Da auch in den übrigen kreisfreien Städten — abhängig von der dort höheren Zahl der Alleinstehenden — Kinder relativ seltener unter den Hilfeempfängern zu finden waren, wurde dadurch der Landesdurchschnitt auf 36 % gedrückt.

Diese Strukturunterschiede haben für die örtlichen Träger selbstverständlich Auswirkungen auf die Kosten, hängt doch der monatliche Nettoanspruch — wie bereits gezeigt wurde — wesentlich von der Größe der Bedarfsgemeinschaften und von ihrer Zusammensetzung ab. Unverändert bestand in Frankfurt am Main eine Bedarfsgemeinschaft im Durchschnitt aus nicht einmal 1,7 Personen, in den anderen kreisfreien Städten aus etwa 1,9 Personen, in allen Landkreisen dagegen aus wenigstens zwei Personen. Die für Hessen beim Mikrozensus im April 1999 ermittelte durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,2 Personen wurde jedoch nur im Rheingau-Taunus-Kreis und in den Landkreisen Offenbach und Groß-Gerau erreicht. Dennoch lag der monatliche Nettoanspruch 1999 nur im letztgenannten Kreis mit fast 960 DM deutlich über dem Durchschnitt aller Landkreise, der sich gegenüber dem Vorjahr um 10 DM auf gut 850 DM reduzierte. Nur in fünf Landkreisen, außer dem Main-Kinzig-Kreis sämtlich im Regierungsbezirk Kassel, hat sich der Nettoanspruch leicht erhöht, während er sonst etwa gleich blieb

7) Weiteres ausführliches Tabellenmaterial enthält der Statistische Bericht „Die Sozialhilfe in Hessen 1999 sowie Ergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistik, Teil 2: Empfänger“; zusätzlich können auf Anforderung Tabellen mit fast sämtlichen Gliederungsmerkmalen auch für Kreise bereitgestellt werden.

oder zurückging. Bezüglich der kreisfreien Städte ist anzumerken, dass durch die überhöhten Frankfurter Zahlen der Durchschnittswert ebenso verfälscht ist wie die Ergebnisse für das Land und den Regierungsbezirk Darmstadt. Geht man von einem wohl eher realistischen Nettoanspruch von höchstens 1000 DM für einen Haushalt in Frankfurt aus, so würde sich für das Land — wie bereits im Jahr 1998 — ein Betrag von unter 900 DM, für den Regierungsbezirk Darmstadt von etwa 940 DM und für die kreisfreien Städte von rund 950 DM pro Haushalt errechnen. Trotz einer leichten Abnahme übertraf die Landeshauptstadt Wiesbaden diesen Wert um etwa 100 DM, während unter den Landkreisen, trotz ebenfalls rückläufiger Tendenz, der Kreis Limburg-Weilburg mit knapp 980 DM weiterhin an der Spitze blieb. Dazu dürften im ersten Fall die hohen Mietkosten, im anderen der große Anteil von erwachsenen Personen (mit höheren Regelsätzen) wesentlich beigetragen haben. Auf der anderen Seite der Skala lag in zwei kreisfreien Städten und in sieben Landkreisen der Nettoanspruch unter 800 DM.

Zum Abschluss soll noch ein kurzer Blick auf die Mieten geworfen werden, und zwar sowohl hinsichtlich ihrer absoluten Höhe pro Bedarfsgemeinschaft als auch ihres Anteils am Nettoanspruch⁷⁾. Gerade an diesem letztgenannten Kriterium ist zu ersehen, wie verfälschend sich die Frankfurter Zahlen auswirken: Obwohl in den kreisfreien Städten die **Höhe** der monatlichen Bruttokaltmiete mit 640 DM um fast 100 DM über dem Durchschnitt der Landkreise lag, war ihr **Anteil** am Nettoanspruch um vier Prozentpunkte niedriger als dort. In Frankfurt erreichte er trotz eines Mietbetrags von knapp 650 DM je Haushalt gerade einmal 50 %, einen Wert, wie er ansonsten nur noch in den ländlichen Gebieten des Vogelsbergkreises und des Werra-Meißner-Kreises mit Monatsmieten von rund 410 bzw. nur 360 DM ermittelt wurde. Dagegen entfielen in sämtlichen südhessischen Verwaltungsbezirken mindestens zwei Drittel des Nettoanspruchs auf die Miete, bei Höchstwerten um 80 % im Rheingau-Taunus-Kreis, im Hochtaunuskreis und in der kreisfreien Stadt Darmstadt. □

Öffentliche Stromversorgung 1995 und 1999

Der Stromverbrauch aus dem öffentlichen Netz ist in Hessen 1999 im Vergleich zu 1995 gestiegen. Da die Stromversorgung aus hessischer Erzeugung erhöht wurde, konnte der bisher stets positive Saldo aus Bezug und Abgabe von Strom über die Landesgrenzen reduziert werden. Der gestiegene Stromverbrauch wurde allerdings vorwiegend durch eine Erhöhung der Stromerzeugung aus Kernenergie gedeckt, die damit mit weitem Abstand bedeutendster Energieträger bleibt. Aber auch die Stromerzeugung aus Erdgas und Müll konnte gesteigert werden.

Drei Viertel des Stromverbrauchs aus hessischer Erzeugung

1999 wurden in Hessen 32,6 Mill. MWh Strom aus dem öffentlichen Netz verbraucht, von denen 24,7 Mill. MWh oder 75,8 % aus hessischer Erzeugung, 0,6 Mill. MWh oder 1,9 % aus Stromeinspeisung von der Industrie, aus regenerativer Energie, von Blockheizkraftwerken, der Deutschen Bahn und sonstigen Quellen sowie 7,3 Mill. MWh oder 22,3 % als Saldo aus Bezug und Abgabe aus anderen Ländern stammten.

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Stromverbrauch aus dem öffentlichen Netz um 1,2 % zurückgegangen, er lag jedoch um 2,3 % höher als 1995. In den Jahren seit 1995 hat es jeweils 1996 (1,5 %) und 1998 (3,5 %) Zunahmen, 1997 (– 1,5 %) und 1999 dagegen Abnahmen des Stromverbrauchs aus dem öffentlichen Netz im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr gegeben.

Die Stromabgabe aus Erzeugung hat 1999 im Vergleich zum Vorjahr um 10 % abgenommen, sie war jedoch um 28 % höher als 1995. Diese beachtliche Steigerung war Folge von drei Zunahmen gegenüber dem jeweiligen Vorjahr, wobei die Steigerung zweimal fast 10 % und einmal 19 % betragen hatte.

Obwohl der Anteil der Stromeinspeisung aus Industrie, regenerativer Energie, von Blockheizkraftwerken, von der Deutschen Bahn oder sonstigen Erzeugern noch relativ unbedeutend ist, war deren Entwicklung recht beachtlich. Während sie 1999 im Vergleich zum Vorjahr mit einer Steigerung um 15 % wieder relativ gering war, gab es in den übrigen Jahren Steigerungen zwischen 23 % und 30 %.

Der Saldo aus Bezug und Abgabe von anderen Ländern, der ganz wesentlich durch die hessische Produktion bestimmt wird und beim Ausfall von Kraftwerksblöcken des Kernkraft-

werks Biblis besonders zu Buche schlägt, entwickelte sich rückläufig. Abgesehen von 1999, als der Saldo im Vergleich zum Vorjahr um 50 % zugenommen hatte, weil die Erzeugung aus Kernenergie, aus Steinkohle und aus Heizöl rückläufig war, wurde in jedem der Jahre nach 1995 ein jährlicher Rückgang des positiven Saldos aus Bezug und Abgabe registriert. Daraus ergibt sich beim Vergleich der Jahre 1999 und 1995 eine Verminderung des positiven Saldos in Höhe von 40 %.

Stromerzeugung aus Kernkraft weiter gestiegen

Rund 26,5 Mill. MWh oder 97 % der Bruttostromerzeugung des Jahres 1999 erfolgten aus Wärmekraft und nur 3 % aus Wasserkraft. Dabei wurde die Erzeugung aus Wasserkraft nicht nur im Vergleich zum Vorjahr (– 3,7 %), sondern auch im Vergleich zu 1995 (– 10 %) reduziert. Zieht man von der Bruttostromerzeugung den Eigenverbrauch der Kraftwerke ab, der 1999 bei 1,9 Mill. MWh lag, und reduziert man die Differenz nochmals um den Pumpstromverbrauch (1999: 0,8 Mill. MWh), dann erhält man die Nettostromerzeugung. Sie lag 1999 bei 24,7 Mill. MWh. Die Nettostromerzeugung hatte 1999 gegenüber dem Vorjahr um 11 % abgenommen, lag aber um 27 % höher als 1995.

Da Wasserkraft an der Nettostromerzeugung fast keine Bedeutung hatte (1999: 0,3 %), entfiel die Steigerung ausschließlich auf eine Zunahme der Stromerzeugung aus Wärmekraft. Zwar gab es hier 1999 im Vergleich zum Vorjahr einen Einbruch (– 11 %), gegenüber 1995 wurde die Erzeugung jedoch um 27 % erhöht.

Unter den Wärmekraftwerken hatte die Kernenergie 1999 mit 16,0 Mill. MWh einen Anteil an der Stromerzeugung von fast zwei Dritteln (65 %). 1995 belief er sich noch auf 53 %. Obwohl 1999 im Vergleich zum Vorjahr 12 % weniger Strom aus Kernenergie erzeugt wurde — im Januar 1999 erzeugte Block B des Kernkraftwerks Biblis keinen Strom und Block A war im April und Mai 1999 abgeschaltet worden — ergaben sich im Zeitraum 1995 bis 1998 Steigerungsraten (im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr) zwischen 11 und 39 %; 1999 ein Anstieg der Nettostromerzeugung gegenüber 1995 von 55 %. Aus Steinkohle, dem 1999 mit einem Anteil an der Nettostromerzeugung von 28 % zweitwichtigsten Energieträger zur Stromerzeugung, wurden zuletzt 6,8 Mill. MWh Strom erzeugt. Allerdings ist die Bedeutung der Steinkohle seit 1995 erheblich gesunken. Damals stammten nämlich noch 40 % der Nettostromerzeugung von Wärmekraftwerken aus Steinkohle. Geringe Steigerungsraten im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr (1996: 5,2 %; 1998: 6,6 %) und beachtliche jährliche Rückgänge (1997: – 11 %; 1999: – 12 %) bewirkten, dass 1999 gut 12 % weniger Strom aus Steinkohle erzeugt wurde als 1995. Der Rückgang von 1999 ist vor allem darauf zurückzuführen, dass im Mai 1999 das mit Steinkohle befeuerte Heizkraftwerk der Main-Kraftwerke (MKW) in Frankfurt-Höchst stillgelegt wurde.

*) Tel.: 0611/3802-456 · E-Mail: mfrosch@hsl.de

Öffentliche Stromversorgung 1995 bis 1999

Art der Angabe	1995	1996	1997	1998	1999	Zu- bzw. Abnahme (–)				
						1996	1997	1998	1999	1999 gegenü. 1995
						gegenüber dem jeweiligen Vorjahr				
	MWh					%				
Bruttostromerzeugung	21 970 520	23 545 088	27 812 630	30 483 242	27 335 868	7,2	18,1	9,6	– 10,3	24,4
davon aus										
Wasserkraft	957 118	717 373	735 835	893 118	860 164	– 25,0	2,6	21,4	– 3,7	– 10,1
Wärmekraft	21 013 402	22 827 715	27 076 795	29 590 124	26 475 704	8,6	18,6	9,3	– 10,5	26,0
Eigenverbrauch	1 665 977	1 724 276	1 972 086	2 080 766	1 880 553	3,5	14,4	5,5	– 9,6	12,9
Pumpstromverbrauch	858 611	640 642	684 866	829 998	776 966	– 25,4	6,9	21,2	– 6,4	– 9,5
Nettostromerzeugung ¹⁾	19 445 932	21 180 170	25 155 678	27 572 478	24 678 349	8,9	18,8	9,6	– 10,5	26,9
davon aus										
Wasserkraft ¹⁾	98 129	76 308	50 631	62 768	82 969	– 22,2	– 33,6	24,0	32,2	– 15,4
Wärmekraft	19 347 803	21 103 862	25 105 047	27 509 710	24 595 380	9,1	19,0	9,6	– 10,6	27,1
davon aus										
Kernenergie	10 314 476	11 839 236	16 471 746	18 224 413	15 956 146	14,8	39,1	10,6	– 12,4	54,7
Steinkohle	7 710 332	8 107 788	7 181 367	7 657 242	6 768 329	5,2	– 11,4	6,6	– 11,6	– 12,2
Braunkohle	55 035	63 671	54 988	55 037	55 156	15,7	– 13,6	0,1	0,2	0,2
Erdgas	992 568	819 527	1 127 619	1 298 638	1 491 024	– 17,4	37,6	15,2	14,8	50,2
Heizöl	43 690	52 924	49 384	37 107	28 569	21,1	– 6,7	– 24,9	– 23,0	– 34,6
Müll und Sonstiges	231 702	220 716	219 943	237 273	296 156	– 4,7	– 0,4	7,9	24,8	27,8
Stromeinspeisung ²⁾	263 928	342 051	419 166	532 457	612 238	29,6	22,5	27,0	15,0	132,0
Abgabe aus Erzeugung ¹⁾	19 709 860	21 522 221	25 574 844	28 104 935	25 290 587	9,2	18,8	9,9	– 10,0	28,3
Bezug v. a. Ländern	18 494 242	19 044 848	16 403 896	16 582 133	18 323 094	3,0	– 13,9	1,1	10,5	– 0,9
Abgabe a. a. Länder (–)	6 374 789	8 246 708	10 146 693	11 730 161	11 043 794	29,4	23,0	15,6	– 5,9	73,2
Saldo des Austausches	12 119 453	10 798 140	6 257 203	4 851 972	7 279 300	– 10,9	– 42,1	– 22,5	50,0	– 39,9
Stromverbrauch aus dem öffentl. Netz insgesamt ¹⁾²⁾³⁾	31 829 313	32 320 361	31 832 047	32 956 907	32 569 887	1,5	– 1,5	3,5	– 1,2	2,3

1) Abzügl. Pumpstromverbrauch. — 2) Aus Industrie, regenerativer Energie, BHKW, Deutsche Bahn und sonstigen. — 3) Einschl. Übertragungsverlusten im öffentlichen Netz.

Unter den Energieträgern zur Stromerzeugung belegte Erdgas 1999 mit 1,5 Mill. MWh oder einem Anteil an der Nettostromerzeugung der hessischen Wärmekraftwerke von 6,1 % den dritten Platz. Da der Einsatz von Erdgas zur Stromerzeugung — sieht man von 1996 einmal ab — jedes Jahr im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr zweistellige Zuwachsraten erfuhr, ergab sich 1999 gegenüber 1995 eine Steigerung von 50 %.

Unter den übrigen Energieträgern zur Stromerzeugung verdienen lediglich Müll und sonstige Energieträger eine Erwähnung, weil dort 1999 eine Zunahme gegenüber 1995 von 28 % registriert werden konnte, sodass die knapp 0,3 Mill. MWh einen Anteil an der Nettostromerzeugung von 1,2 % erreichten. Braunkohle hat im Vergleich zu den genannten Energieträgern dagegen nur eine nachgeordnete Bedeutung (0,2 %).

Hessische Kreiszahlen

*Ausgewählte
neue Daten für Landkreise
und kreisfreie Städte*

Ausgabe I 2000 · 45. Jahrgang



Printversion:

Umfang: 65 Seiten
Format: DIN A 4
Einband: kartoniert
Preis: 12,00 DM
(zuzügl. Versandkosten)

Diskettenversion:

Excel 97-Format
Preis: 18,00 DM
(zuzügl. Versandkosten)

Jahresabonnementspreise:

Print: 20,40 DM
Diskette: 30,60 DM
(jew. zuzügl. Versandkosten)



Mit dieser zweimal jährlich herausgegebenen Veröffentlichung ist reichhaltiges Material über jeden Landkreis und seine Struktur, für Kreisvergleiche nach verschiedenen Gesichtspunkten sowie für Untersuchungen über die innere Landesstruktur verfügbar.

Die „Hessischen Kreiszahlen“ bringen den Beziehern eine erhebliche Arbeits-, Zeit- und Kostenersparnis, weil sie regelmäßig neue Kreisdaten bieten, die sonst aus vielen fachstatistischen Veröffentlichungen zusammengestellt werden müssten. Einiges Kreismaterial wird speziell für die Veröffentlichungen aufbereitet. Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 oder mehr Einwohnern und für den Umlandverband Frankfurt. Ein Anhang enthält ausgewählte Daten im Zeitvergleich.

In der Ausgabe I/00 sind wieder aktuelle Daten für rund 560 Merkmale zusammengestellt, u. a. zu den Bereichen:

- ✱ **Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung,**
- ✱ **Bildungswesen,**
- ✱ **Landwirtschaft,**
- ✱ **Verarbeitendes Gewerbe,**
- ✱ **Baugewerbe,**
- ✱ **Verkehr,**
- ✱ **Fremdenverkehr,**
- ✱ **Geld und Kredit,**
- ✱ **Steuern und**
- ✱ **Umwelt.**

Der Anhang enthält ausgewählte Daten im Zeitvergleich zu den Bereichen Bildungswesen und Bautätigkeit.

W-93

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom

Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611/3802-951 · Fax: 0611/3802-992

E-Mail: vertrieb@hsl.de · Internet: www.hsl.de

Einkommensstruktur der Privathaushalte in regionaler Sicht

Seit 1990 können die Ergebnisse des Mikrozensus — eine 1%-Stichprobe aller Wohnungen und Haushalte — auf der Ebene der „regionalen Anpassungsschichten“ für neun Gebiete unterhalb der Landesebene nachgewiesen werden. Diese Regionaleinheiten bestehen zumeist aus mehreren, räumlich zusammenhängenden Verwaltungsbezirken mit mindestens 500 000 Einwohnern. Nur die Stadt Frankfurt am Main bildet auf Grund ihrer Einwohnerzahl eine eigene Regionaleinheit. Das Gebiet des Regierungsbezirks Darmstadt konnte in sechs und das des Regierungsbezirks Kassel in zwei Regionaleinheiten untergliedert werden, während beim Regierungsbezirk Gießen auf Grund der relativ niedrigen Einwohnerzahl keine Aufteilung erfolgen konnte. Im Folgenden wird die regionale Einkommensstruktur 1999 kommentiert, wobei auch ein Vergleich mit 1990 vorgenommen wird.

Taunus-Landkreise mit höchstem Haushaltseinkommen

Die privaten Haushalte im Gebiet des Hochtaunuskreises, Main-Taunus-Kreises und Rheingau-Taunus-Kreises liegen hinsichtlich der Haushaltsnettoeinkommen hessenweit an der Spitze. Dort musste im vergangenen Jahr nur knapp ein Viertel der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 2500 DM auskommen, gut zwei Fünftel hatten zwischen 2500 und 5000 DM in der Kasse, während gut jeder dritte Haushalt über 5000 DM oder mehr verfügte. Damit lag dieses Gebiet deutlich vor der „zweitreichsten“ Regionaleinheit, das waren die Landkreise Bergstraße, Darmstadt-Dieburg und der Odenwaldkreis, in denen gut drei Zehntel der Haushalte in der oberen Einkommensklasse lagen.

In allen Regionaleinheiten war die mittlere Einkommensklasse (2500 bis unter 5000 DM) die stärkste mit Anteilen zwischen 42 und 46 %. Größere Unterschiede zwischen den neun Regionaleinheiten gab es bei den unteren und oberen Einkommensgruppen. Auf dem dritten Platz lag das Gebiet der Landkreise Groß-Gerau und Offenbach mit knapp drei Zehnteln der Haushalte in der oberen Einkommensklasse. Es folgte die Regionaleinheit mit dem Main-Kinzig-Kreis sowie dem Wetteraukreis, in der aber bereits mehr Haushalte in der unteren (28 %) als in der oberen Einkommensgruppe (26 %) angesiedelt waren. Auf den nächsten Rängen folgten das Gebiet der kreisfreien Städte Darmstadt, Offenbach am Main und Wiesbaden (33 bzw. 24 %) sowie der Regierungsbezirk Gießen (35 bzw. 23 %).

*) Tel.: 0611/3802-235 · E-Mail: sthan@hsl.de)

Ein wenig schlechter schnitt die Stadt Frankfurt am Main ab, in der gut ein Drittel der Haushalte mit einem Monatsnettoeinkommen von weniger als 2500 DM auskommen musste, und nur gut jeder fünfte Haushalt 5000 DM oder mehr in der Kasse hatte. Ähnlich wie in Frankfurt am Main war die Einkommensverteilung im osthessischen Raum (Landkreise Fulda, Hersfeld-Rothenburg, Schwalm-Eder-Kreis und Werra-Meißner-Kreis) mit fast einem Drittel der Haushalte in der unteren und gut einem Fünftel in der oberen Einkommensgruppe. Am ungünstigsten schnitt der Nordwesten Hessens (Stadt und Landkreis Kassel sowie der Landkreis Waldeck-Frankenberg) ab. Hier mussten 35 % der Haushalte mit weniger als 2500 DM auskommen, während nur 19 % über mehr als 5000 DM verfügen konnten.

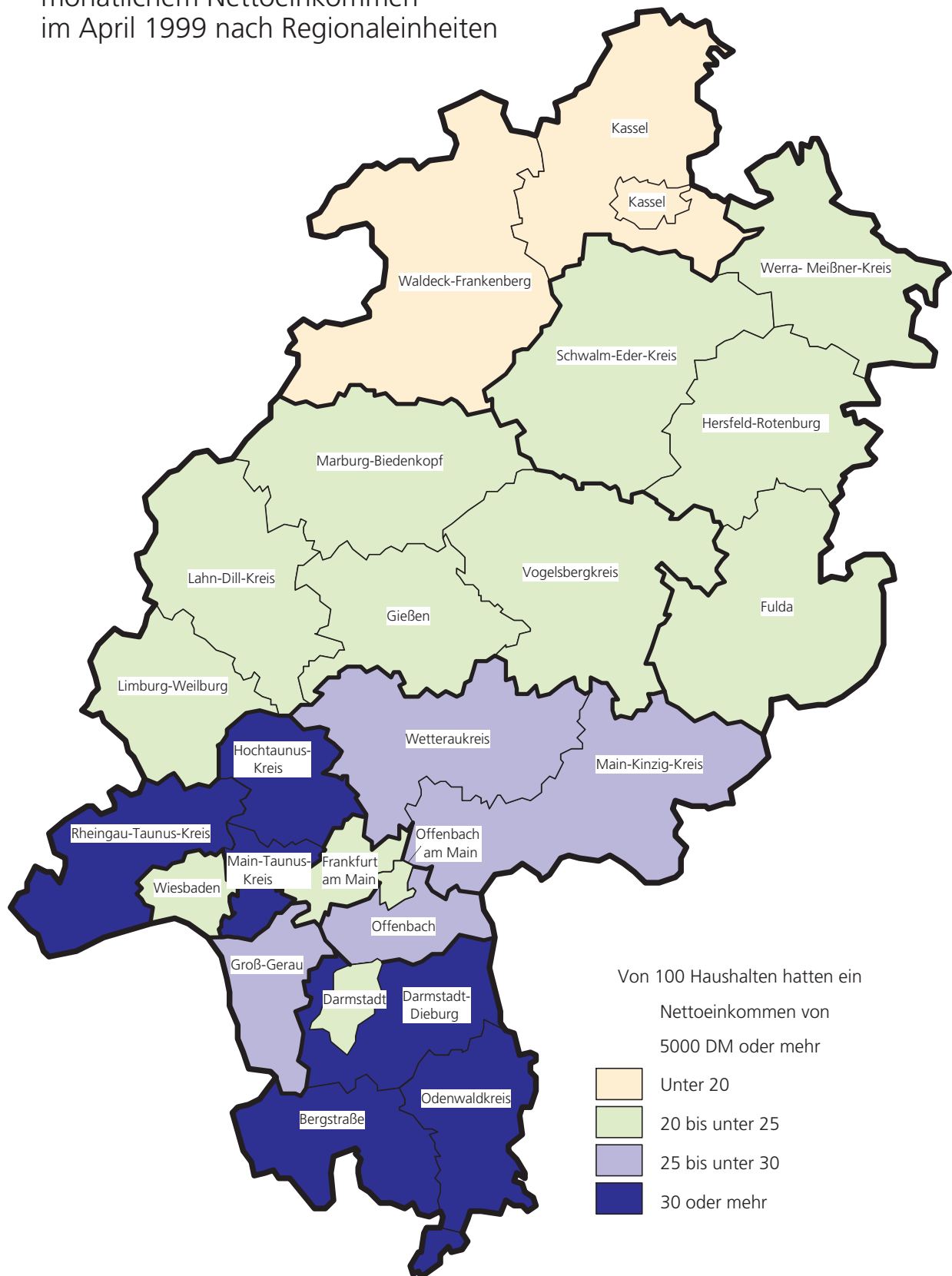
Erwerbslosenquote und Haushaltsnettoeinkommen eng korreliert

Die Erwerbslosenquote (Erwerbslose bezogen auf die Erwerbspersonen, also Erwerbstätige und Erwerbslose) hat erwartungsgemäß eine große Auswirkung auf die Struktur der Haushaltsnettoeinkommen. Die drei Taunuskreise hatten im April 1999 mit 5,8 % die niedrigste Erwerbslosenquote und belegten bei der Einkommensstruktur der Haushalte den Spitzenplatz. Nicht viel höher war die Erwerbslosenquote mit 7,4 % in Südhessen (Landkreise Bergstraße, Darmstadt-Dieburg und Odenwaldkreis) sowie im Main-Kinzig-Kreis und Wetteraukreis. Südhessen lag bei der Einkommensstruktur auf dem zweiten und das letztgenannte Gebiet auf dem vierten Platz. Auch bei den übrigen Regionaleinheiten ist eine relativ enge Korrelation zwischen dem Haushaltsnettoeinkommen und der Erwerbslosenquote festzustellen. In Nordwesthessen wurde mit 10,3 % die zweithöchste Erwerbslosenquote ermittelt, beim Haushaltsnettoeinkommen lag diese Region auf dem letzten Platz.

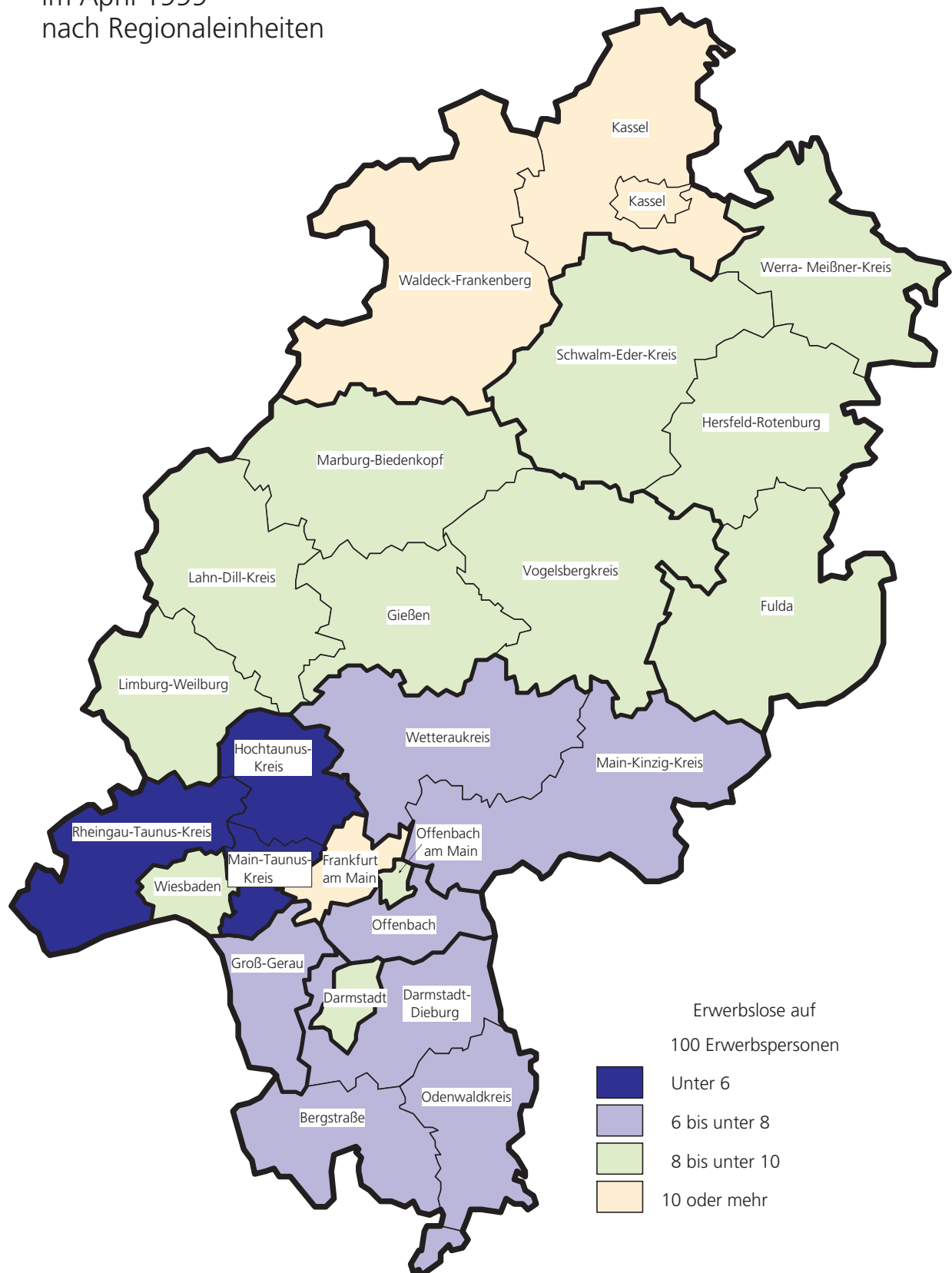
Anteil der Einpersonenhaushalte von geringerer Auswirkung auf das Haushaltsnettoeinkommen

Gegenüber der Erwerbslosenquote hat der Anteil der Einpersonenhaushalte nur eine geringere Auswirkung auf die Einkommensschichtung. In den drei Taunuskreisen bestand jeder dritte Haushalt nur aus einer Person — das war der höchste Anteil unter den Landkreisen —, trotzdem war das Haushaltsnettoeinkommen hier am höchsten. Demgegenüber lag Südhessen beim Einkommen auf dem zweiten Platz, obwohl hier der Anteil der Einpersonenhaushalte am niedrigsten war. Die höchsten Anteile der Einpersonenhaushalte wurden in den kreisfreien Städten festgestellt. Mit großem Vorsprung lag die Stadt Frankfurt am Main an der Spitze. Gut jeder zweite Haushalt bestand nur aus einer Person; das war — nach München — der zweithöchste Anteil in Deutschland. Auch im Gebiet der Städte Darmstadt, Offenbach am Main und Wiesbaden lag der Anteil der Einpersonenhaus-

Haushalte mit 5000 DM oder mehr
monatlichem Nettoeinkommen
im April 1999 nach Regionaleinheiten



Erwerbslosenquoten in Hessen
im April 1999
nach Regionaleinheiten



Privathaushalte nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen 1990 und 1999, Erwerbslosenquoten und Anteile der Einpersonenhaushalte 1999 in regionaler Gliederung

(Ergebnisse des Mikrozensus)

Verwaltungsbezirk Regionaleinheit	Privathaushalte insgesamt		davon mit monatlichem Haushaltsnettoeinkommen						Er- werbs- losen- quote	Anteil der Einper- sonen- haushalte 5)
			unter 2500 DM		2500 bis unter 5000 DM		5000 DM oder mehr			
	1990	1999	1990	1999	1990	1999	1990	1999	1999	
	1000		%							
Reg.-Bez. D a r m s t a d t davon	1 605	1 755	41,6	29,1	41,5	43,5	17,0	27,4	8,1	36,5
Taunus-Landkreise ¹⁾	254	293	33,7	23,8	42,7	41,5	23,7	34,6	5,8	33,4
Bergstraße/Odenwald ²⁾	248	275	41,8	26,9	41,9	42,0	16,3	31,0	7,4	26,5
Landkreise Groß-Gerau und Offenbach	240	260	36,3	26,4	45,6	45,1	18,2	28,5	7,8	32,3
Main-Kinzig-Kreis und Wetteraukreis	265	303	41,7	28,4	41,8	45,5	16,5	26,0	7,4	30,0
Darmstadt,St., Offenbach am Main,St., Wiesbaden, St.	254	266	47,8	33,0	38,3	43,3	13,9	23,6	9,3	42,9
Frankfurt am Main, St.	345	358	46,3	34,6	39,3	43,4	14,4	22,0	10,7	50,6
Reg.-Bez. G i e ß e n	413	456	47,4	34,6	39,8	42,3	12,7	23,1	8,7	31,1
Reg.-Bez. K a s s e l davon	508	553	48,5	34,0	41,4	45,9	9,8	20,1	9,4	30,7
Osthessen ³⁾	249	275	46,2	32,7	43,0	45,6	10,8	21,7	8,6	28,4
Nord-West-Hessen ⁴⁾	258	278	51,1	35,2	40,0	46,2	8,8	18,6	10,3	33,1
Land H e s s e n	2 525	2 764	44,0	30,9	41,1	43,8	14,9	25,3	8,4	34,5

1) Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis und Rheingau-Taunus-Kreis. — 2) Sowie Landkreis Darmstadt-Dieburg. — 3) Landkreise Fulda, Hersfeld-Rotenburg, Schwalm-Eder-Kreis und Werra-Meißner-Kreis. — 4) Kassel, St. sowie Landkreise Kassel und Waldeck-Frankenberg. — 5) An den Privathaushalten insgesamt.

halte mit 43 % deutlich über dem Landesdurchschnitt (34,5 %). Diese relativ hohen Anteile der Einpersonenhaushalte können — neben den überdurchschnittlich hohen Erwerbslosenquoten — erklären, warum diese beiden Regionaleinheiten nur auf dem fünften bzw. siebten Platz beim Haushaltsnettoeinkommen lagen.

Im Vergleich zu 1990 haben sich die Abstände zwischen den „reichen“ und „armen“ Regionaleinheiten etwas verringert. Den größten Sprung nach vorne hat Südhessen gemacht,

wo der Anteil der Haushalte in der unteren Einkommensgruppe um 15 Prozentpunkte abgenommen, in der mittleren konstant geblieben und in der oberen Einkommensgruppe um 15 Prozentpunkte zugenommen hat. Demgegenüber war die Einkommensentwicklung der Haushalte in den Landkreisen Groß-Gerau und Offenbach sowie in der Stadt Frankfurt am Main leicht unterdurchschnittlich. In den übrigen sechs Regionaleinheiten entsprach die Veränderung der Einkommensstruktur ungefähr dem Landesdurchschnitt.

Erfolgreich durch den Investment-Dschungel

Der Investment-Ratgeber für Ihren Anlageerfolg. Von G. M. Loeb, 1. Auflage, 348 Seiten, gebunden, 79,00 DM, TM Börsenverlag, Rosenheim, 2000.

Dieses als Klassiker geltende Werk — erstmals veröffentlicht im Jahr 1935 — ist auch heute noch eines der führenden Bücher der Investment-Literatur. Erstmals liegt eine deutschsprachige Fassung vor. In der neuen, aktualisierten Auflage vermittelt der Autor in kurzen, klar formulierten Kapiteln, wie man Gewinn macht — und wie man es vermeidet, Gewinne zu verlieren. Der Ansatz des Autors, Ergebnis aus 40 Jahren Erfahrung als Broker an der Wall Street, bietet dabei dem Leser keine Tricks oder Formeln für die „schnelle Mark“. Vielmehr gibt der Autor dem Investor — dem Neuling oder dem Profi — aus erster Hand einen sachlichen und verständlich formulierten Bericht über die langfristigen Möglichkeiten des Marktes und gleichzeitig eine Warnung vor den häufigsten Fehlern und Fallen, die dem Investor gefährlich werden können. Diese zeitlosen Erkenntnisse werden aufgelockert durch humorvolle Anspielungen und Offenheit. Insgesamt beinhaltet das Buch — neben einem lesenswerten Vorwort und einer Einleitung des Autors aus dem Jahr 1965 — insgesamt 78 Kapitel, die dem Leser den „Investment-Dschungel“ nahe bringen wollen. Der Themenbogen reicht dabei von „Die Voraussetzungen: Wissen, Erfahrung, Spürsinn“, „Unerlässlich: ein Hang zum Spekulieren“, „Gibt es die ideale Kapitalanlage?“ bis „Wie Sie das Beste aus Ihren Kapitalanlagen machen“.

6971

Unternehmensbezogene Dienstleistungen im Land Brandenburg

Strukturen, Defizite und Entwicklungsmöglichkeiten. Von K. Gerpert, Heft 183 der Reihe „Beiträge zur Strukturforschung“ des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, 125 Seiten, kartoniert, 132,00 DM, Duncker & Humblot, Berlin, 1999.

Ziel der Untersuchung ist es, eine möglichst umfassende Bestandsaufnahme zur Größe und Struktur des Sektors unternehmensbezogener Dienstleistungen im Land Brandenburg und seinen Regionen zu erstellen, die Resultate mit der Situation in anderen Bundesländern und Regionen zu vergleichen und eventuelle Defizite Brandenburgs beim Angebot solcher Leistungen zu ermitteln. Künftige Entwicklungsperspektiven für den genannten Sektor in Brandenburg und etwaiger politischer Handlungsbedarf sollen aufgezeigt werden. — Das Land Brandenburg hat sich in der Vergangenheit ökonomisch etwas günstiger entwickelt als die anderen neuen Bundesländer. In Brandenburg sind die regionalen Unterschiede gravierend. Wenig wachstumsträchtige Bereiche wie Landwirtschaft, Bergbau, Energie und Grundstoffsektor sind stark vertreten. Die überproportionale Bedeutung des Bau- und öffentlichen Sektors wird auch hier zu einem Beschäftigungsabbau führen. Neben der Modernisierung des industriellen Bereichs werden die Hoffnungen auf den Dienstleistungssektor und hier die unternehmensbezogenen Dienstleistungen gesetzt. Die Ambivalenz dieser Dienstleistungen beruht darauf, dass sie zum einen Vorlieferungen für die Wirtschaft im Land sind und damit die Infrastruktur verbessern. Zum anderen tragen sie zum überregionalen Absatz bei. Untersucht wurden die Bereiche „Datenverarbeitung, Forschung und Entwicklung“ sowie das Konglomerat „Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen.“ In den alten Bundesländern haben die unternehmensbezogenen Dienstleistungen in den letzten Jahrzehnten überproportional zum Wachstum beigetragen. Bezüglich der räumlichen Beschäftigungsentwicklung sind auch bei den Dienstleistern in Brandenburg Suburbanisierung und großräumige Dezentralisierung zu beobachten. Im Gegensatz zu den einfachen Dienstleistungen sind hochwertige Dienstleistungen

gen eher schwach vertreten (dies gilt wegen des aufgeblähten Baubereichs aber nicht für Architektur- und Bauingenieurbüros). Eine Status-quo-Projektion bis 2010 weist bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen eine Ausweitung und damit eine Entlastung des Arbeitsmarkts aus. Die schon bisher finanziell aufwendigen und vielfältigen Fördermaßnahmen sollten nicht ausgeweitet werden. Andere Verbesserungen, wie zum Beispiel die Kooperationsbereitschaft der Kommunen, sind anzustreben.

6973

Top Medien 2000

Die wichtigsten Adressen und Ansprechpartner; die Branche und ihre Verflechtungen. Von D. Berendes, 222 Seiten, kartoniert, 29,80 DM, Eichborn Verlag, Frankfurt/Main, 2000.

In der heutigen Zeit spielen Informationen und der Handel mit ihnen eine immer stärkere wirtschaftliche und gesellschaftliche Rolle. Die Medienunternehmen (und vor allem die Online-Anbieter) haben sich in den letzten Jahren durch ihr rasches Wachstum zu einer Jobmaschine entwickelt. Um eine Orientierung oder ein gezieltes Auffinden von Ansprechpartnern und Adressen in der sich rasch verändernden Medienwelt zu ermöglichen, hat die Autorin die wichtigsten Adressen der Medienbranche gesammelt. Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten, Landesmedienanstalten, private Rundfunkanbieter, offene Kanäle: alles da. Print-Medien (regionale und überregionale Tageszeitungen, Wochenzeitungen, Buchverlage) Telekommunikation, Internet-Provider, Nachrichten- und Werbeagenturen, und noch kein Ende. Daneben sind die Beteiligungen deutscher Medienkonzerne wie Bertelsmann, Springer oder Kirchgruppe aufgeführt. Wer sucht, der findet.

6975

Wir zählen was in Hessen

Faltblatt „Das Land in Zahlen“
neu aufgelegt

Ausgewählte Daten über Bevölkerung und Wirtschaft in Hessen im schnellen Überblick: Das Faltblatt „Wir zählen was in Hessen — Das Land in Zahlen“ ist ab sofort in der 21. aktualisierten Auflage erhältlich.

Dieser vom Hessischen Statistischen Landesamt in Wiesbaden herausgegebene statistische Zahlenspiegel bietet wieder einen kleinen, interessanten Ausschnitt aus dem reichhaltigen Datenmaterial der amtlichen Statistik Hessens. Neben den Daten aus dem Jahr 1999 über Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt, Unterricht und Bildung, Wirtschaft, Bautätigkeit, Verkehr, Wirtschaftskraft sowie öffentliche Finanzen sind auch Vergleichszahlen der Jahre 1997 und 1998 veröffentlicht.

Das Faltblatt wird vom Hessischen Statistischen Landesamt — auch in größeren Stückzahlen — kostenlos abgegeben; es ist besonders zur Auslage an und in Stellen mit Publikumsverkehr geeignet. Wir bitten Sie, von Einzelbestellungen möglichst abzusehen. Anforderungen mit Mengenangaben richten Sie bitte an das Hessische Statistische Landesamt, Pressestelle, 65175 Wiesbaden.

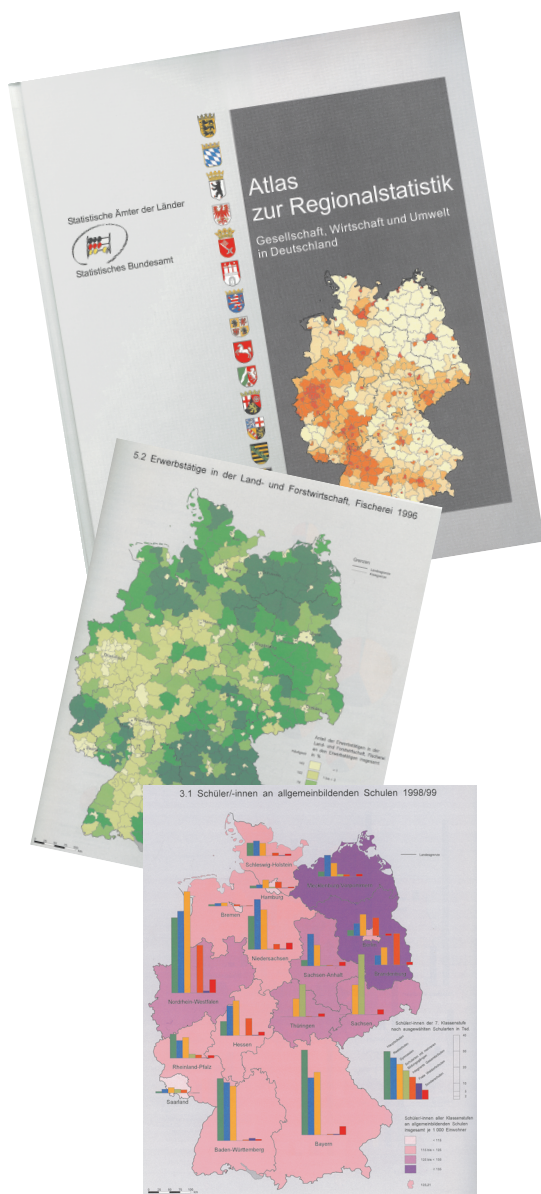
- Bedingt durch den starken Preisanstieg für Heizöl und Kraftstoffe stieg der **Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte** im September um 2,4 % gegenüber dem Vorjahreswert. Damit lagen die Verbraucherpreise um 0,5 % höher als noch im August. Ohne die preistreibenden Effekte auf dem Ölmarkt würde sich theoretisch eine Teuerungsrate von 1,1 % im Jahresvergleich und sogar ein Rückgang um 0,2 % gegenüber dem Vormonat ergeben. Insbesondere die Heizölpreise entwickelten sich dramatisch: Während sie im August bereits um 5,5 % gegenüber dem Juliwert gestiegen waren, schnellten sie im September nochmals um 32,2 % nach oben, sodass sich im Jahresvergleich eine Steigerung um 78,6 % ergibt. Dieseldieselloststoff verteuerte sich um 30,0 % gegenüber September 1999 (+ 14,6 % gegenüber dem Vormonat). Die Steigerung bei Superbenzin von 16,7 % gegenüber dem Vorjahreswert (+ 5,4 % zum Vormonat) fiel damit vergleichsweise fast „moderat“ aus. Den hohen Steigerungen im Energiesektor stehen allerdings auch teilweise konstante oder sogar sinkende Preise in anderen Bereichen gegenüber. So verminderten sich die Preise für Nachrichtenübermittlung um 4,1 % im Jahresvergleich (– 0,1 % gegenüber August), und auch die Kosten für Lebensmittel und alkoholfreie Getränke sanken um 0,1 % gegenüber dem Vorjahresmonat (– 0,6 % bezogen auf August 2000).

- Der bereits seit Anfang des Jahres beobachtete Preisanstieg im Bau hat sich fortgesetzt. Im August waren die **Baupreise** für Wohngebäude (ohne Fertighäuser) um 1,2 % teurer als vor Jahresfrist. Gegenüber dem Vorquartal (Mai 2000) zogen die Preise um 0,3 % an. Grund sind vor allem die gestiegenen Preise für Ausbauarbeiten, die um 1,8 % höher lagen als vor einem Jahr. Noch stärker als bei Wohngebäuden zeigte sich der Preisauftrieb mit 1,7 % bei Bürogebäuden. Aber auch der Straßenbau wurde teurer. So stiegen die Preise hier insgesamt um 2,6 % verglichen mit August 1999, bezogen auf Mai 2000 waren es 0,4 %. Dagegen fiel der Anstieg bei Ortskanalisationsanlagen mit 0,8 % im Jahresvergleich (+ 0,2 % seit Mai 2000) vergleichsweise moderat aus. Die derzeitige Teuerungswelle folgt einer Phase relativ stabiler Baupreise. So stiegen die Preise für Wohngebäude zwischen 1995 und 1999 insgesamt nur um 0,2 % und für Bürogebäude um 0,6 %. Im Straßenbau und bei Ortskanalisationsanlagen fielen sie in diesem Zeitraum sogar um 1,9 bzw. 0,8 %.

- Hessen erreichte im ersten Halbjahr 2000 ein **Wirtschaftswachstum** von 3,6 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum und konnte damit das Expansionstempo beträchtlich steigern. In Deutschland verstärkte sich der Zuwachs des in Preisen von 1995 gemessenen Bruttoinlandsprodukts

deutlich auf 3,3 %. Für die Jahre 1998 und 1999 waren in Hessen Wachstumsraten von 2,3 % (Deutschland 2,1) bzw. 2,2 % (Deutschland 1,6) ermittelt worden. Die Beschleunigung des konjunkturellen Expansionstempos beruhte allerdings nicht auf einer gestiegenen Nachfrage der inländischen Verwendung (Konsum und Investitionen), sondern auf einem seit dem vierten Quartal 1999 wieder steigenden Außenbeitrag. Noch in den Jahren 1998 und 1999 wurde in Deutschland das Wachstumstempo der inländischen Verwendung (jeweils 2,4 %) durch schrumpfende Außenbeiträge reduziert. Im ersten Halbjahr 2000 konnte dagegen der Zuwachs bei der inländischen Verwendung (+ 2,1 %) durch einen sich wieder ausweitenden Außenbeitrag zu einer gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate von 3,3 % aufgestockt werden. Die durch eine Abwertung des Euro stimulierte Auslandsnachfrage beflügelte vor allem den Umsatz bestimmter Branchen bzw. Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, sodass sich die Exportkonjunktur sehr selektiv auf das Wachstum der realen Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe der einzelnen Bundesländer niederschlug. In Hessen wurde hier nur ein Zuwachs von 2,9 % erreicht, womit das gesamtwirtschaftliche Wachstum (+ 3,6 %) etwas gebremst wurde. In den meisten anderen Bundesländern sorgte die gute Exportkonjunktur in diesem Bereich dagegen für eine beträchtliche Beschleunigung des Wirtschaftswachstums insgesamt. Das weisen die soeben vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder erstellten, noch vorläufigen Ergebnisse der Halbjahresrechnung aus.

- Die Zahl der **Ehescheidungen** hat 1999 in Hessen einen neuen Höchststand erreicht. Mit 15 260 wurden im vergangenen Jahr knapp 600 oder 4 % mehr Ehen geschieden als 1998. Die meisten Scheidungen, nämlich gut ein Fünftel, wurden 1999 nach einer Dauer von fünf bis sieben Ehejahren ausgesprochen. Mit jeweils knapp 1100 Fällen waren diese drei Jahre nahezu gleichmäßig betroffen. Weniger als fünf Jahre hielten 14 % der geschiedenen Ehen, darunter sechs Paare, die im Jahr der Eheschließung bereits wieder geschieden wurden. Jedes zehnte geschiedene Ehepaar hatte bereits die „silberne Hochzeit“ hinter sich, und bei 216 erfolgte die Scheidung im Jahr des 25-jährigen Ehejubiläums. Der Anteil der geschiedenen Ehen mit minderjährigen Kindern nahm 1999 weiter ab, und zwar um gut 2 Prozentpunkte auf rund 46 %. Die Zahl der von der Scheidung ihrer Eltern betroffenen Kinder lag wie im Vorjahr bei 10 600. Die Scheidungsverfahren wurden zu gut 60 % von der Ehefrau beantragt, in gut 37 % der Fälle vom Mann, und nur 2 % der Eheleute beantragten die Scheidung gemeinsam. Bei nicht gemeinsamen Scheidungsbegehren wurden die Anträge überwiegend mit Zustimmung des Partners gestellt. In 7 % der im vergangenen Jahr geschiedenen Ehen hatte der jeweils andere Partner dem Scheidungsantrag nicht zugestimmt.



Atlas zur Regionalstatistik

Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt in Deutschland

Die Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bietet:

- ◆ Ein breites Informationsangebot aus den Datenbanken der amtlichen Statistik
- ◆ Schnelle Vergleichsmöglichkeiten zwischen Bundesländern und Kreisen
- ◆ 80 übersichtliche Schaubilder
- ◆ Ausführliche Erläuterungen und Definitionen
- ◆ Ein Verzeichnis sämtlicher Kreise Deutschlands

Themenbereiche

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen • Bevölkerung • Bildung • Erwerbstätigkeit • Landwirtschaft • Umwelt und Energie • Löhne und Gehälter • Gesundheitswesen • Produzierendes Gewerbe • Bodenbedeckung • Verwaltungsgliederung

Format: 25,2 x 29,7 cm, gebunden, 156 Seiten mit 80 farbigen Schaubildern, Preis: 48,00 DM (zuzügl. Versandkosten)

W-98

Für alle, die zusätzliche Informationen und die exakte Datenbasis der Karten benötigen, sind folgende Veröffentlichungen lieferbar:

● Kreiszahlen für Deutschland 1998

Ausgewählte Regionaldaten

192 Seiten, DIN A 4, kartoniert, 25,00 DM (zuzügl. Versandkosten);
die Ausgabe 1999 erscheint Ende April 2000.

● Statistik regional 1999

Datenbank auf CD-ROM

Die Daten sind einfach, schnell und ohne Vorkenntnisse abzurufen. Recherchierte Ergebnisse können nicht nur ausgedruckt, sondern auch mit anderen Programmen leicht weiterverarbeitet werden (Systemvoraussetzungen: Windows 95 oder NT 4.0; 16 MB RAM).

Einzelpatzversion: 290,00 DM (zuzügl. Versandkosten)

Netzwerkversion: 580,00 DM (zuzügl. Versandkosten)



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611/3802-951

· Fax: 0611/3802-992

E-Mail: vertrieb@hsl.de

· Internet: www.hsl.de

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾				Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags-ein-gangs ⁴⁾	Beschäftigte	Index der Um-sätze ⁵⁾	Preis-index für die Lebens-haltung ⁶⁾	Arbeits-lose ⁸⁾	Arbeits-losen-quote ⁹⁾	Offene Stellen ⁸⁾	Kurz-arbeit (Personen) ¹⁰⁾	
	ins-gesamt	Inland	Ausland		1995 = 100		1995 = 100	1995 = 100					
Grundzahlen ¹¹⁾													
1997 D	102,7	94,3	118,0	481 106	95,3	45 451	100,1	102,8	260 796	10,4	21 381	11 788	
1998 D	105,8	101,1	114,5	470 074	83,1	40 519	101,5	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505	
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 439	86,6	37 865	102,8	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396	
1999 Juni	102,8	98,0	111,6	463 791	106,8	37 376	102,0	104,9	233 266	9,1	31 352	6 951	
2. Vj. D	100,2	95,1	109,4	463 597	87,9	37 277	101,4	104,8	
Juli	95,4	91,1	103,5	465 532	86,7	37 999	101,2	105,4	237 919	9,3	32 317	4 611	
August	93,0	91,9	94,9	466 636	94,3	38 409	94,8	105,5	232 096	9,1	31 706	3 513	
September	106,3	101,8	114,7	466 141	94,9	38 401	98,5	105,3	227 818	8,9	32 012	4 152	
3. Vj. D	98,2	94,9	104,4	466 103	92,0	38 270	98,2	105,4	
Oktober	101,0	94,5	113,1	462 730	99,9	38 944	105,4	105,3	225 484	8,8	30 339	4 857	
November	108,2	98,7	125,8	462 177	59,5	38 547	111,1	105,5	225 151	8,8	28 924	6 113	
Dezember	94,5	87,6	106,9	459 689	90,5	37 805	124,0	105,7	229 534	9,0	30 376	4 355	
4. Vj. D	101,2	93,6	115,3	461 532	83,3	38 432	113,5	105,5	
2000 Januar	93,8	84,5	111,0	457 994	51,5	36 282	91,7	106,1	238 900	9,3	32 285	5 711	
Februar	102,0	92,8	118,9	457 706	61,4	35 832	97,2	106,4	236 497	9,2	37 020	6 916	
März	117,9	108,8	134,7	458 169	93,7	35 528	111,8	106,6	228 878	8,9	39 531	6 424	
1. Vj. D	104,6	95,4	121,5	457 956	68,9	35 881	100,2	106,4	
April	97,8	92,2	108,1	457 731	65,4	35 782	103,9	106,5	221 800	8,3	41 222	6 841	
Mai	111,1	103,7	124,9	457 918	140,4	35 914	113,2	106,4	211 812	7,9	40 438	5 606	
Juni	105,8	93,4	128,6	459 850	84,0	35 764	96,7	106,9	213 076	8,0	39 841	4 047	
2. Vj. D	104,9	96,4	120,5	458 500	96,6	35 820	104,6	106,6	
Juli	100,7	94,4	112,4	460 846	102,4	35 806	98,8	107,4	213 256	8,0	39 929	3 096	
Zu- bzw. Abnahme () jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾													
1997 D	1,5	- 3,6	9,9	- 6,0	- 3,2	- 13,4	- 0,5	1,7	11,4	.	1,1	- 35,9	
1998 D	3,0	7,2	- 3,0	- 2,3	- 12,7	- 10,9	1,4	1,3	- 2,6	.	21,7	- 44,8	
1999 D	- 6,8	- 8,1	- 4,6	- 1,2	4,2	- 6,5	1,3	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7	
1999 Juni	- 1,7	1,1	- 6,0	- 1,1	14,8	- 8,2	5,5	0,6	- 4,2	.	11,3	31,5	
2. Vj.	- 4,5	- 2,2	- 8,1	- 1,2	14,9	- 8,5	1,8	0,7	
Juli	- 24,9	- 31,8	- 10,0	- 1,3	- 17,9	- 6,2	- 2,9	0,8	- 4,9	.	17,0	6,0	
August	7,9	6,6	10,1	- 1,2	12,7	- 4,9	5,0	1,0	- 6,5	.	18,5	6,9	
September	0,6	2,4	- 2,4	- 1,3	- 12,5	- 5,0	- 1,3	1,1	- 5,2	.	21,6	5,0	
3. Vj.	- 7,6	- 10,8	- 1,7	- 1,3	- 7,3	- 5,4	0,1	1,0	
Oktober	- 1,1	- 4,4	4,6	- 1,7	20,8	- 3,5	1,5	1,2	- 4,8	.	26,5	1,1	
November	7,3	2,3	15,5	- 1,7	- 12,6	- 3,1	3,9	1,4	- 5,7	.	28,2	8,6	
Dezember	1,9	0,6	4,1	- 1,7	- 10,4	- 3,6	4,6	1,5	- 7,5	.	35,5	- 20,6	
4. Vj.	2,7	- 0,5	8,2	- 1,7	- 0,7	- 3,4	3,5	1,3	
2000 Januar	8,4	8,2	8,8	- 1,9	- 42,2	- 4,8	2,0	2,0	- 8,1	.	21,6	- 27,8	
Februar	12,8	12,2	13,8	- 2,0	- 0,5	- 3,6	9,5	2,1	- 8,9	.	21,2	- 22,4	
März	9,2	5,1	15,9	- 2,0	- 5,6	- 4,4	- 3,5	2,1	- 8,6	.	21,1	- 37,7	
1. Vj.	10,1	8,2	13,0	- 2,0	- 17,4	- 4,3	2,0	2,1	
April	- 1,9	- 1,9	- 1,8	- 1,3	- 9,6	- 4,0	1,5	1,6	- 9,4	.	23,4	- 21,7	
Mai	13,4	17,2	11,3	- 1,3	66,0	- 3,4	13,9	1,5	- 10,1	.	27,9	- 11,4	
Juni	2,9	- 4,7	15,2	- 0,9	- 21,3	- 4,3	- 5,4	1,9	- 8,7	.	27,1	- 41,8	
2. Vj.	4,7	1,4	10,1	- 1,1	9,9	- 3,9	3,2	1,7	
Juli	5,6	3,6	8,6	- 1,1	18,1	- 5,8	- 2,4	1,9	- 10,4	.	23,6	- 32,9	
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾													
1999 Juni	4,9	5,2	4,7	0,1	26,2	0,6	2,8	0,1	- 1,0	.	- 0,9	9,8	
2. Vj.	5,5	7,9	1,7	- 0,6	5,4	- 0,6	3,3	0,6	
Juli	- 7,2	- 7,0	- 7,3	0,4	- 18,8	1,7	- 1,0	0,5	2,0	.	3,1	- 33,7	
August	- 2,5	0,9	- 8,3	0,2	8,7	1,1	- 6,3	0,1	- 2,4	.	- 1,9	- 23,8	
September	14,3	10,8	20,9	- 0,1	0,7	—	3,9	- 0,2	- 1,8	.	1,0	18,2	
3. Vj.	- 2,0	- 0,2	- 4,6	0,5	4,7	2,7	- 3,2	0,6	
Oktober	- 5,0	- 7,2	- 1,4	0,6	5,3	1,4	7,0	—	- 1,0	.	- 5,2	17,0	
November	7,1	4,4	11,2	- 0,1	- 40,5	- 1,0	5,4	0,2	- 0,1	.	- 4,7	25,9	
Dezember	- 12,7	- 11,2	- 15,0	- 0,5	52,1	- 1,9	11,6	0,2	1,9	.	5,0	- 28,8	
4. Vj.	3,1	- 1,4	10,4	- 1,0	- 9,5	0,4	15,6	0,1	
2000 Januar	- 0,7	- 3,5	3,8	- 0,4	- 43,1	- 4,0	- 26,0	0,4	4,1	.	6,3	31,1	
Februar	8,7	9,8	7,1	- 0,1	19,4	- 1,2	6,0	0,3	- 1,0	.	14,7	21,1	
März	15,6	17,2	13,3	0,1	52,5	- 0,8	15,0	0,2	- 3,2	.	6,8	- 7,1	
1. Vj.	3,4	1,9	5,4	- 0,8	- 17,3	- 6,6	- 11,7	0,9	
April	- 17,0	- 15,3	- 19,7	- 0,1	- 30,3	0,7	- 7,1	- 0,1	- 3,1	.	4,3	6,5	
Mai	13,6	12,5	15,5	0,0	114,8	0,4	9,0	- 0,1	- 4,5	.	- 1,9	- 18,1	
Juni	- 4,8	- 9,9	3,0	0,4	- 40,2	- 0,4	- 14,6	0,5	0,6	.	- 1,5	- 27,8	
2. Vj.	0,3	1,1	- 0,8	0,1	40,2	- 0,2	4,4	0,2	
Juli	- 4,8	1,1	- 12,6	0,2	21,9	0,1	2,2	0,5	0,1	.	0,2	- 23,5	

1) Einschl.– Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 032,5	6 042,8	6 035,8	6 035,6	6 038,0
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 666	2 718	1 158	1 744	2 006
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,3	5,4	2,5	3,4	4,0
* Lebendgeborene ³⁾	"	5 047	4 916	4 579	4 950	4 855
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,8	9,9	9,7	9,8
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	5 082	5 088	5 655	6 344	4 868
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,1	10,1	12,2	12,4	9,8
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	24	22	25	26	27
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,8	4,5	5,5	5,3	5,6
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 34	- 172	- 1 076	- 1 394	- 13
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,1	- 0,4	- 2,3	- 2,7	- 0,0
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 316	14 164	11 664	13 664	13 702	12 974
* darunter aus dem Ausland	"	5 443	6 186	5 208	6 047	6 296	5 399
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 995	12 591	10 096	12 436	11 263	11 423
* darunter in das Ausland	"	6 000	9 114	47 700	5 727	4 510	5 243
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	320	1 574	1 568	1 228	2 439	1 551
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	18 531	19 091	16 275	19 409	17 797	18 062
		1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
ARBEITSMARKT										
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	254 050	239 257	233 266	237 919	232 096	211 812	213 076	213 256	206 753
* darunter Frauen	"	109 250	105 186	103 764	107 200	104 659	95 085	97 157	98 101	95 377
Männer	"	144 800	134 071	129 502	130 719	127 437	116 727	115 919	115 155	111 376
Ausländer	"	55 070	51 080	49 972	49 176	48 439	45 162	44 332	43 150	42 578
Jugendliche unter 20 Jahren	"	6 339	5 747	5 339	6 698	6 470	4 622	5 732	6 243	6 072
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	10,0	9,4	9,1	9,3	9,1	7,9	8,0	8,0	7,7
* darunter der Frauen	"	9,7	9,1	8,9	9,2	9,0	7,7	7,9	8,0	7,7
Männer	"	10,3	9,6	9,2	9,3	9,1	8,1	8,0	8,0	7,7
Ausländer	"	18,6	17,2	16,9	16,6	16,4	14,7	14,4	14,0	13,8
Jugendlichen unter 20 Jahren	"	8,9	8,0	7,4	9,3	8,9	4,5	5,6	6,0	5,9
* Offene Stellen am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	26 021	30 650	31 352	32 317	31 706	40 438	39 841	39 929	38 512
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁶⁾	"	6 505	6 396	6 951	4 611	3 513	5 606	4 047	3 096	4 486
		1998	1999	1998			1999			
		Durchschnitt ¹⁰⁾		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort insgesamt ⁸⁾¹¹⁾	1000	2 105,3	2 130,8	2 093,0	2 128,8	2 110,9	2 102,7	2 116,0	2 153,0	2 151,5
* darunter Frauen	"	903,7	916,6	896,9	911,4	906,7	906,1	908,0	924,0	928,3
Ausländer	"	226,6	227,8	225,8	229,6	226,0	225,0	227,0	231,1	227,9
* Teilzeitbeschäftigte	"	310,0	.	307,7	310,9	315,1	316,2	.	.	.
* darunter Frauen	"	272,5	.	271,1	273,4	275,0	274,7	.	.	.
darunter ausgew. Wirtschaftsabschnitte ⁹⁾ :										
* Bergbau	"	.	.	.	9,2	8,8	8,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	0,9	0,9	0,9	.	.	.
* Verarbeitendes Gewerbe	"	.	.	.	543,0	535,8	530,2	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	142,6	139,9	138,2	.	.	.
* Energie- und Wasserversorgung	"	.	.	.	17,0	17,0	17,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	3,0	2,9	3,2	.	.	.
* Baugewerbe	"	.	.	.	136,0	129,7	125,7	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	16,0	15,8	15,4	.	.	.
* Handel- und Gastgewerbe	"	.	.	.	388,6	384,4	382,7	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	188,0	186,1	185,4	.	.	.
* Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	"	.	.	.	144,2	144,1	144,5	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	47,8	47,8	48,2	.	.	.
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	"	.	.	.	139,3	138,9	139,1	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	68,7	68,4	68,4	.	.	.
* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	"	.	.	.	249,2	250,9	253,6	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	111,1	111,5	113,2	.	.	.
* öffentliche Verwaltung u. ä.	"	.	.	.	130,7	130,3	129,1	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	74,9	74,9	74,6	.	.	.
* öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentl. Verwaltung)	"	.	.	.	356,6	358,0	357,9	.	.	.
* darunter Frauen	"	.	.	.	254,2	254,8	254,7	.	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungsfeststellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). — 2) Nach dem Ereignisort. — 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. — 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. — 5) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 8) Einschl. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 9) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 10) Durchschnitt für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 11) Ein Nachweis in wirtschaftsfachlicher Gliederung ist auf Grund von Strukturverschiebungen zur Zeit nicht möglich.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	8 526	8 088	6 662	6 147	5 549	7 464	6 821	5 674	5 692
Kälber	"	317	341	315	183	255	513	233	330	310
Schweine	"	110 555	108 303	108 399	96 100	102 396	103 570	104 858	98 336	105 056
darunter hausgeschlachtet	"	10 131	9 044	5 619	4 219	3 393	7 853	4 958	4 634	3 841
Schlachtmengen ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 755	11 653	11 860	10 646	10 909	11 483	11 661	11 010	11 406
darunter von										
* Rindern	"	2 206	2 207	1 989	1 893	1 720	2 086	2 032	1 747	1 772
* Kälbern	"	27	30	17	18	31	46	18	18	31
* Schweinen	"	9 265	9 099	9 442	8 386	8 898	8 778	9 153	8 805	9 201
Geflügel:										
* Erzeugte Konsumeier ³⁾	1000 St.	30 523	30 668	30 845	30 823	29 755	32 666	30 713	31 610	30 877
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	86 948	87 211	97 026	91 281	91 395	89 528	93 120	88 043	87 849
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	81 309	82 275	91 737	86 587	86 545	84 847	88 284	83 855	84 278
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,6	16,4	17,9	17,4	16,9	17,0	17,1	16,7	16,1
VERARBEITENDES GEWERBE ⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	470,1	464,4	463,2	463,8	465,5	457,7	457,9	459,9	460,8
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	281,3	275,0	274,1	274,5	276,2	268,9	269,1	271,3	272,8
* Geleistete Arbeiterstunden	"	36 485	35 589	34 508	36 590	33 679	32 924	37 739	33 533	31 717
* Bruttolohnsumme	Mill. DM	1 301,1	1 285,7	1 309,0	1 346,1	1 279,1	1 216,1	1 381,4	1 317,9	1 273,0
* Bruttogehaltssumme	"	1 415,7	1 424,5	1 431,5	1 491,4	1 372,1	1 411,8	1 514,4	1 503,8	1 375,5
* Gesamtumsatz (ohne MwSt.)	"	12 838,2	12 763,0	12 240,3	13 465,3	12 216,0	12 030,7	14 432,0	13 526,6	12 327,7
* darunter Auslandsumsatz	"	4 285,7	4 278,5	4 142,7	4 493,9	4 056,7	4 417,8	5 344,5	4 996,2	4 547,6
Exportquote ⁵⁾	%	33,4	33,5	33,8	33,4	33,2	36,7	37,0	36,9	36,9
Index der Nettoproduktion insgesamt ⁶⁾										
insgesamt	1991 = 100	95,1
darunter										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	101,0
Investitionsgüterproduzenten	"	82,9
Gebrauchsgüterproduzenten	"	70,7
Verbrauchsgüterproduzenten	"	84,9
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe ⁷⁾										
insgesamt	1991 = 100	95,3
darunter										
Chemische Industrie	"	91,8
Maschinenbau	"	84,0
Fahrzeugbau	"	107,9
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"	83,3
Volumenindex des Auftragseingangs ⁷⁾										
insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	3,0	- 6,8	- 4,0	- 1,7	- 24,9	- 1,9	13,4	2,9	5,6
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	2,5	- 1,9	- 2,3	1,9	- 4,5	1,2	18,4	- 0,2	3,3
Investitionsgüterproduzenten	"	7,6	- 14,3	- 7,4	- 3,2	- 49,0	- 8,0	9,5	4,2	10,1
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 7,2	- 8,8	- 1,9	- 8,6	- 13,4	38,4	10,3	- 0,9	22,1
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 6,7	- 1,2	- 3,4	- 13,7	8,0	- 9,1	4,5	21,7	- 1,4
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	- 1,6	- 2,3	- 7,4	- 6,3	- 1,4	- 1,8	16,2	7,3	2,7
Maschinenbau	"	- 0,7	- 5,9	2,2	- 6,3	- 17,4	5,6	14,9	20,1	18,0
Kraftwagen und -teile	"	6,0	- 20,0	- 14,7	- 10,1	- 19,7	- 37,8	- 5,1	- 14,3	- 10,4
Herstellung von Metallerzeugnissen	"	4,3	- 1,4	- 1,6	- 0,7	- 7,9	- 4,4	15,3	- 3,4	13,5
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 540,3	2 278,0	1 564,7	2 320,1	2 444,1	2 193,8	1 852,3	1 746,4	...
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 746,4	2 714,2	2 448,4	2 408,9	2 416,8	2 635,7	2 661,3	2 481,3	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) In Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. — 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 6) Kalendermonatlich. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. — 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
BAUGEWERBE										
B a u h a u p t g e w e r b e ¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	63,8	62,1	60,5	60,8	61,7	60,3	60,5	60,2	60,2
darunter										
Facharbeiter ²⁾	"	33,5	32,6	31,7	32,1	33,0	31,8	32,0	31,2	31,4
Fachwerker und Werker	"	10,2	9,8	9,4	9,3	9,6	9,3	9,4	10,3	10,4
gewerblich Auszubildende	"	3,2	3,1	3,1	2,9	2,7	3,0	3,0	2,7	2,6
* Geleistete Arbeitsstunden	"	5 916	5 923	5 963	6 551	6 330	5 585	6 835	5 656	5 619
darunter für den										
Wohnungsbau	"	2 183	2 262	2 264	2 507	2 355	2 186	2 725	2 173	2 087
* gewerblichen und industriellen Bau	"	1 849	1 812	1 837	1 935	1 922	1 607	1 915	1 638	1 720
öffentlichen und Verkehrsbau	"	1 826	1 817	1 836	2 081	2 011	1 760	2 167	1 821	1 780
* Brutto lohnsumme ³⁾	Mill. DM	191,9	190,4	183,8	193,8	197,4	186,7	197,5	190,6	187,8
* Bruttogehaltssumme	"	85,3	80,9	76,9	84,5	81,9	78,0	73,8	83,3	76,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	"	975,1	1 039,2	968,3	1 101,5	1 177,1	871,2	1 020,2	1 035,0	1 001,2
* Index des Auftragseingangs ⁴⁾	1995 = 100	83,1	86,6	84,6	106,8	86,7	65,4	140,4	84,0	102,4
darunter										
Wohnungsbau	"	69,1	66,5	60,6	67,5	82,3	61,3	68,2	62,6	47,4
* gewerblicher und industrieller Bau	"	85,4	90,9	86,8	114,5	82,6	59,5	185,5	88,2	119,7
* öffentlicher und Verkehrsbau	"	88,1	92,4	95,0	118,8	94,2	74,9	124,3	90,6	111,3
A u s b a u g e w e r b e ⁵⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	26,2	25,2	.	24,8	.	.	.	24,5	.
* Geleistete Arbeitsstunden	"	7 719	7 316	.	7 273,0	.	.	.	7 023,0	.
Brutto lohn- und -gehaltssumme	Mill. DM	339,2	330,5	.	334,2	.	.	.	333,5	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	"	1 115,2	1 036,3	.	1 102,9	.	.	.	1 104,5	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	995	1 048	1 008	1 273	1 147	1 020	1 167	1 146	1 020
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	866	932	893	1 136	1 022	910	1 062	1 031	910
* Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 122	1 151	1 155	1 368	1 237	1 190	1 241	1 193	1 079
* Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	211	213	214	253	228	221	236	227	201
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	599 957	645 188	598 218	736 881	644 575	585 766	614 456	589 102	552 344
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	238	271	251	335	288	276	312	282	263
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	684	808	483	839	749	857	805	1 103	850
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	164	190	109	192	173	199	192	279	206
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	310 505	348 572	245 429	395 071	343 483	332 956	351 653	809 361	382 461
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 411	2 278	2 239	2 713	1 958	2 236	2 413	2 343	2 107
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	"	11 851	11 744	11 548	14 361	11 518	11 743	12 720	12 148	11 261
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
E i n z e l h a n d e l										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	99,9	100,8	97,5	100,2	99,3	101,3	110,3	94,0	95,9
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	101,5	102,8	99,4	102,2	101,2	103,9	113,2	96,7	98,8
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	"	101,9	101,7	96,8	97,9	101,2	102,3	104,6	96,1	97,2
Kraftfahrzeugen ¹¹⁾ ; Tankstellen	"	112,2	115,8	119,9	131,5	121,0	113,4	132,3	112,0	108,6
Apotheken ¹²⁾	"	114,1	118,4	110,2	118,0	115,6	116,6	129,5	123,7	118,8
Bekleidung	"	88,8	86,4	84,6	81,6	84,7	87,6	92,5	74,4	78,2
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	"	97,6	95,5	86,5	89,0	88,3	93,3	97,8	83,1	92,1
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	"	97,1	97,7	106,9	103,1	106,1	122,6	132,3	111,7	117,8
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	"	93,8	90,7	89,8	89,8	89,8	88,1	88,4	88,0	87,9
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	91,4	91,8	97,0	92,2	87,6	88,7	102,4	93,9	85,9
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	94,8	96,3	101,6	97,1	93,6	93,8	107,9	99,7	93,1
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	100,3	103,0	107,5	104,6	93,2	95,2	125,4	109,2	94,5
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	"	91,4	91,9	99,4	91,3	90,0	94,3	99,8	93,8	88,0
Kantinen und Caterer	"	98,3	106,3	103,4	108,6	112,5	100,1	108,9	105,8	118,9
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	94,8	89,3	90,9	89,4	88,9	86,3	87,6	87,4	89,6

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Einschl. Entgelten für Poliere und Meister. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. — 6) Ohne Gebäudeteile. — 7) Einschl. Gebäudeteilen. — 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. — 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. — 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 13) Sowie Hausrat. — 14) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
AUSSENHANDEL										
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾ davon	Mill. DM	4 404,9	4 212,1	4 100,6	4 535,8	4 406,6	4 633,1	4 805,2	4 995,1	...
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	106,4	104,7	89,5	105,3	118,5	108,8	139,2	138,2	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft davon	"	4 298,4	4 107,4	4 011,1	4 430,5	4 288,1	4 524,2	4 665,9	4 856,8	...
* Rohstoffe	"	38,3	36,6	36,5	43,8	33,3	47,0	49,6	44,3	...
* Halbwaren	"	332,6	322,2	292,7	396,1	378,6	354,0	316,4	387,1	...
* Fertigwaren	"	3 927,5	3 748,5	3 681,9	3 990,6	3 876,3	4 123,2	4 300,0	4 425,5	...
* davon										
* Vorerzeugnisse	"	734,1	745,9	828,4	815,0	794,6	927,4	962,0	956,3	...
* Enderzeugnisse	"	3 193,5	3 002,7	2 853,6	3 175,6	3 081,7	3 195,8	3 338,0	3 469,2	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	"	1 029,0	1 047,3	1 176,2	1 069,7	1 049,4	1 282,8	1 362,3	1 344,0	...
Maschinen	"	740,4	666,2	593,2	714,7	753,2	717,1	708,8	746,4	...
Fahrzeuge	"	692,2	587,4	621,8	691,1	490,4	418,9	620,5	619,9	...
elektrotechnische Erzeugnisse	"	485,2	472,3	406,2	483,7	518,0	549,6	513,1	553,5	...
Eisen- und Metallwaren	"	312,1	302,8	289,6	283,5	362,2	413,8	338,8	386,3	...
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾ darunter	"	2 367,8	2 300,1	2 371,4	2 462,1	2 329,7	2 554,0	2 486,2	2 634,5	...
Vereinigtes Königreich	"	392,0	364,3	332,5	460,1	400,1	357,3	350,0	348,3	...
Frankreich	"	434,5	417,0	422,3	446,3	409,9	432,4	420,5	501,3	...
Italien	"	301,2	298,8	341,3	307,3	312,6	415,8	363,8	408,9	...
Niederlande	"	265,9	266,7	272,0	269,9	252,1	314,0	302,5	271,8	...
Belgien-Luxemburg	"	295,0	221,4	207,6	227,1	230,0	234,4	227,2	256,0	...
Österreich	"	219,4	236,4	265,4	261,7	231,6	249,6	238,9	228,6	...
EFTA-Länder ³⁾ darunter	"	239,6	234,9	183,5	251,7	241,7	234,5	292,2	287,2	...
Schweiz	"	199,0	199,1	157,1	211,7	204,5	203,7	256,1	248,9	...
Norwegen	"	37,6	32,5	24,3	36,4	33,8	26,5	31,9	31,6	...
USA	"	453,1	429,1	403,0	480,5	447,6	460,2	478,0	517,9	...
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾ davon	"	6 609,3	7 173,5	7 162,5	6 997,0	6 805,9	8 082,3	9 418,5	8 716,0	...
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	321,4	322,2	315,8	325,3	364,7	314,8	381,2	328,6	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft davon	"	6 287,9	6 851,3	6 846,8	6 671,7	6 441,2	7 767,5	9 037,3	8 387,4	...
* Rohstoffe	"	78,9	77,0	91,4	86,1	84,9	85,5	102,2	114,0	...
* Halbwaren	"	576,2	699,3	423,6	545,8	560,2	705,5	727,9	682,6	...
* Fertigwaren	"	5 632,8	6 074,9	6 331,8	6 039,8	5 796,1	6 976,5	8 207,2	7 590,8	...
* davon										
* Vorerzeugnisse	"	725,2	669,5	665,3	694,6	606,1	755,2	887,3	879,2	...
* Enderzeugnisse	"	4 907,6	5 405,5	5 666,5	5 345,2	5 190,0	6 221,3	7 319,8	6 711,6	...
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	"	3 341,6	3 372,3	3 381,8	3 637,0	3 013,2	3 620,0	4 570,3	3 857,1	...
FREMDENVERKEHR ⁴⁾										
* Gästeankünfte	1000	728	763	854	864	770	732	978	916	849
* darunter von Auslandsgästen	"	187	191	202	216	239	173	235	244	281
* Gästeübernachtungen	"	1 904	2 000	2 194	2 213	2 218	1 988	2 418	2 358	2 392
darunter von Auslandsgästen	"	360	370	367	380	447	327	444	429	515
Gästeübernachtungen nach Berichts- gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	573	600	643	655	700	618	697	712	738
Luftkurorte	"	134	133	168	168	194	113	153	168	175
Erholungsorte	"	95	94	122	117	136	96	114	133	155
Sonstige Gemeinden	"	1 102	1 173	1 260	1 272	1 188	1 159	1 454	1 346	1 324
darunter Großstädte	"	488	526	525	532	481	508	631	571	554
VERKEHR										
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 248	1 301	1 038	1 317	1 198	1 322	1 413	1 322	...
davon										
* Güterversand	"	208	205	180	170	188	248	216	175	...
* Gütereingang	"	1 045	1 096	857	1 146	1 010	1 074	1 197	1 147	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 1999 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien-Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). —

4) Alle Beherbergungsstätten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		April	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	36 261	34 124	33 300	40 138	36 454	29 550	38 912	32 281	...
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	"	31 978	29 759	28 854	34 575	32 120	23 588	32 794	27 284	...
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 704	1 877	1 652	2 228	1 619	1 819	2 223	1 937	...
Krafträder (einschl. Kraftrollern)	"	2 090	2 073	2 251	2 667	2 189	3 494	3 153	2 461	...
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	275	297	285	358	303	270	329	303	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	2 174	2 310	2 638	2 685	2 422	2 037	2 797	2 351	...
* Getötete Personen ²⁾	"	45	47	51	49	48	39	44	47	...
* Verletzte Personen	"	2 934	3 111	3 503	3 603	3 198	2 748	3 775	3 142	...
Personenverkehr der Straßenverkehrs- unternehmen ³⁾										
Beförderte Personen	1000	38 403	37 353	.	111 217	.	.	.	111 765	.
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	"	37 875	36 883	.	109 573	.	.	.	110 213	.
Gelegenheitsverkehr	"	528	469	.	1 644	.	.	.	1 553	.
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 159	23 547	.	72 881	.	.	.	73 778	.
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	"	18 938	18 640	.	53 940	.	.	.	56 191	.
Gelegenheitsverkehr	"	5 221	4 908	.	18 940	.	.	.	17 587	.
Einnahmen	1000 DM	80 971	75 526	.	227 999	.	.	.	235 349	.
davon aus										
Linienverkehr ⁴⁾	"	66 591	61 015	.	173 619	.	.	.	178 240	.
Gelegenheitsverkehr	"	14 379	14 511	.	54 379	.	.	.	57 109	.
GELD UND KREDIT										
Banken ⁵⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	877 727	920 746	.	861 574
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ⁶⁾ davon	"	726 864	764 951	.	721 116
kurzfristige Kredite	"	104 558	120 360	.	117 792
Kredite über 1 Jahr ⁷⁾	"	622 306	644 591	.	603 325
Einlagen und aufgenommene Gelder ⁶⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
	Mill. DM	581 386	685 448	.	640 767
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	209	201	217	200	232	227	270	224	190
davon										
* von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe ⁸⁾	"	164	155	181	148	187	158	181	148	127
* von privaten Personen und Nachlässe ⁹⁾	"	45	45	36	52	45	69	89	76	63
* Beantragte Insolvenzen ¹⁰⁾	"	209	201	217	200	232	227	270	224	190
* darunter mangels Masse abgelehnt	"	161	133	167	150	152	134	146	134	87
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	104,1	105,0	104,8	104,9	105,4	106,5	106,4	106,9	107,4
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	102,9	102,1	103,5	102,9	102,1	101,8	102,2	101,7	101,5
Bekleidung, Schuhe	"	102,4	103,4	103,3	103,3	103,3	104,0	104,0	104,0	103,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	"	105,4	107,4	107,4	107,4	107,5	109,5	109,8	109,9	110,5
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	"	101,9	102,2	102,3	102,3	102,3	102,2	101,9	101,9	102,0
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	105,0	107,9	106,2	107,5	108,5	112,4	112,2	114,8	115,0
Nachrichtenübermittlung	"	97,2	88,0	88,3	87,5	87,4	84,3	83,9	83,9	83,8
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	102,8	103,4	101,9	102,4	105,5	104,9	103,2	104,6	106,9
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	"	102,1	103,0	102,8	103,5	105,1	103,4	103,2	103,8	106,2
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	103,9	104,9	104,7	104,9	105,4	106,2	106,1	106,5	107,2
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	100,0 ¹⁴⁾	100,2 ¹⁴⁾	100,1	.	.	.	101,2	.	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. — 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter. — 6) Einschl. durchlaufender Kredite. — 7) Ohne durchlaufende Kredite. — 8) Bis einschl. 1998 ohne Kleingewerbe. — 9) Bis einschl. 1998 „von übrigen Gemeinschaftsdarlehern“. — 10) Bis einschl. 1998 „Beantragte Konkurse“. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1998	1999	1999			2000				
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
STEUERN											
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. DM	5 930,0	6 486,1	5 561,0	9 197,0	5 899,7	5 671,0	7 997,3	8 605,7	6 509,5	
davon											
Gemeinschaftsteuern	"	5 157,3	5 707,7	4 945,9	8 367,7	5 114,7	4 966,4	7 275,8	7 485,4	5 679,7	
davon											
Lohnsteuer ²⁾	"	2 413,3	2 710,1	2 495,8	2 919,8	2 837,2	2 807,3	3 151,1	2 663,1	3 203,5	
veranlagte Einkommensteuer	"	52,4	116,0	– 90,4	744,3	– 274,0	– 81,7	– 68,5	772,9	– 238,7	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	324,7	344,9	205,1	1 311,8	681,8	391,1	222,2	1 286,6	1 164,4	
Zinsabschlag ²⁾	"	352,0	360,5	234,5	239,1	99,4	474,2	310,2	322,5	325,0	
Körperschaftsteuer ²⁾	"	424,1	425,9	104,5	1 524,3	– 0,4	– 312,5	1 764,4	868,5	– 402,1	
Umsatzsteuer	"	1 353,8	1 496,9	1 742,3	1 393,9	1 523,3	1 461,9	1 529,6	1 273,8	1 303,0	
Einfuhrumsatzsteuer	"	237,0	253,5	254,2	234,4	247,5	226,3	366,9	298,0	324,6	
Bundessteuern	"	448,0	458,0	374,1	579,8	383,9	313,0	358,5	763,3	437,7	
darunter											
Mineralölsteuer	"	94,3	91,0	119,2	99,9	102,3	56,3	62,9	61,7	70,2	
Versicherungsteuer	"	109,9	112,0	84,2	70,9	64,1	64,7	103,7	67,8	59,8	
Zölle ³⁾	"	31,2	28,3	27,5	22,9	30,2	24,0	30,1	27,3	25,5	
Landessteuern	"	240,8	242,3	208,1	226,6	247,5	223,7	330,2	329,7	213,9	
darunter											
Vermögensteuer	"	9,2	11,1	4,6	6,1	13,4	5,5	55,5	6,0	12,3	
Erbschaftsteuer	"	36,8	36,3	26,1	24,6	34,7	26,5	35,1	131,0	29,0	
Grunderwerbsteuer	"	67,4	77,3	66,0	74,1	79,1	74,1	96,3	66,5	61,5	
Kraftfahrzeugsteuer	"	95,9	86,5	87,0	96,9	90,4	86,5	100,4	96,5	85,1	
Gewerbsteuerumlage	"	52,8	49,8	5,4	0,0	123,3	143,8	2,8	0,0	152,7	
		1998	1999	1998	1999			2000			
		Durchschnitt ⁴⁾		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	2 801,9	3 039,8	3 697,8	1 776,3	2 727,5	3 158,1	4 497,1	2 059,0	3 148,3	
davon											
Grundsteuer A	"	8,5	8,4	6,9	8,2	8,4	10,1	6,9	8,4	8,6	
Grundsteuer B	"	288,3	293,7	242,5	261,0	336,8	334,3	242,7	280,0	335,7	
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	1 366,2	1 497,0	1 352,6	1 205,7	1 208,6	1 642,3	1 931,4	1 315,7	1 494,8	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	1 011,5	1 064,7	1 878,6	259,6	1 037,5	1 039,1	1 922,6	385,6	1 132,3	
andere Steuern ⁵⁾	"	35,2	36,8	29,7	37,3	40,5	37,4	32,1	36,4	37,9	
		1998	1999	1998	1999			2000			
		Durchschnitt ⁶⁾		Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April	
LÖHNE UND GEHÄLTHER											
Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe ⁷⁾											
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 515	4 617	4 599	4 487	4 579	4 637	4 681	4 603	4 710	
* Männliche Arbeiter	"	4 678	4 781	4 769	4 647	4 741	4 800	4 846	4 754	4 870	
darunter Facharbeiter	"	4 966	5 085	5 070	4 945	5 058	5 105	5 145	5 046	5 165	
* Weibliche Arbeiter	"	3 426	3 516	3 450	3 443	3 485	3 525	3 559	3 573	3 608	
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	3 158	3 229	3 165	3 166	3 194	3 238	3 271	3 341	3 370	
* Bruttostundenverdienst insgesamt	"	27,67	28,20	28,04	27,89	28,05	28,25	28,39	28,63	28,74	
* Männliche Arbeiter	"	28,58	29,10	28,96	28,84	28,96	29,14	29,27	29,56	29,65	
darunter Facharbeiter	"	30,59	31,27	31,08	30,99	31,13	31,27	31,47	31,81	31,87	
* Weibliche Arbeiter	"	21,45	21,99	21,61	21,63	21,82	22,04	22,21	22,28	22,36	
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	19,63	19,98	19,69	19,70	19,80	20,02	20,17	20,62	20,69	
Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverdienste)											
* im Produzierenden Gewerbe	"	6 558	6 715	6 630	6 572	6 705	6 738	6 763	6 755	6 800	
* kaufmännische Angestellte	"	6 150	6 329	6 211	6 199	6 312	6 343	6 383	6 407	6 472	
* männliche Angestellte	"	7 036	7 222	7 110	7 083	7 217	7 227	7 281	7 336	7 392	
* weibliche Angestellte	"	5 098	5 252	5 143	5 146	5 228	5 280	5 291	5 262	5 318	
* technische Angestellte	"	6 906	7 052	6 983	6 896	7 047	7 086	7 095	7 064	7 094	
* männliche Angestellte	"	7 057	7 204	7 136	7 048	7 202	7 240	7 242	7 206	7 242	
* weibliche Angestellte	"	5 435	5 590	5 481	5 453	5 560	5 606	5 655	5 729	5 706	
* in Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁸⁾ insgesamt	"	5 346	5 588	5 398	5 475	5 606	5 601	5 616	5 628	5 731	
* kaufmännische Angestellte	"	5 367	5 613	5 416	5 506	5 634	5 627	5 634	5 657	5 766	
* männliche Angestellte	"	5 978	6 254	6 023	6 123	6 293	6 262	6 280	6 332	6 424	
* weibliche Angestellte	"	4 600	4 808	4 646	4 732	4 817	4 825	4 820	4 811	4 919	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Allgemeines Statistisches Archiv

Zeitschrift der Deutschen Statistischen Gesellschaft. Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Mosler (Köln), 84. Band (2000), Heft 2, 236 Seiten, kartoniert, Einzelheft 59,40 DM, Jahresband (4 Hefte) 198,00 DM, Physica-Verlag, Heidelberg, 2000.

Das Heft enthält die Hauptvorträge der Hauptversammlung der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 7. Oktober 1999 in Hannover: Anforderungen an die Bereitstellung von Informationen aus dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung (H. Wiggering); Bayesian modeling of spatial heterogeneity in disease maps with application to German cancer mortality data (L. Knorr-Held u. N. Becker); Hierarchical Bayesian modeling in the environmental sciences (M. Berliner); Ziele, Konzeptionen und Kriterien einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung aus ökonomischer Sicht (J. E. Blank); Zur Abschätzung der Wirkungen umweltpolitischer Maßnahmen auf Umwelt und Wirtschaft durch den Einsatz makroökonomischer Modelle (B. Meyer); Umweltökonomische Gesamtrechnungen, Gesamtkonzeption und Ergebnisse (K. Schoer); Das Umwelt-Barometer Deutschland: Konzeption und Zielsetzung (H.-J. Nantke); die „Rundschau“ enthält die Berichte über die Hauptversammlung der Deutschen Statistischen Gesellschaft sowie über die 99. Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker in Hannover. 4659/78

Zeitschrift für Tarifrecht — ZTR

Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Herausgegeben von J. Berger, U. Berger-Delhey, A. Breier, A. P. Cécior, Prof. Dr. W. Däubler u.a., geheftet; Erscheinungsweise monatlich, Bezugspreis: Jahresabonnement 335,00 DM einschl. Versandkosten, Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München.

Hauptinhalt der Hefte 7/00 bis 9/00: Arbeitsgerichtsbeschleunigungsgesetz / Tarifvertragliche Betriebsrenteneinrichtungen und Europäisches Wettbewerbsrecht / Eingruppierung Kreisjugendpfleger / Probleme der Weiterbeschäftigung von Auszubildenden nach § 78 a BetrVG 1972 und § 9 BpersVG (Teil I) / Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz / Obiter dict(ator)um / Firmentarifvertrag und verbandstarifvertragliche „Meistbegünstigtenklausel“ / Probleme der Weiterbeschäftigung von Auszubildenden nach § 78 a BetrVG 1972 und § 9 BpersVG (Teil II) / Befristeter Arbeitsvertrag nach SR 2 y Nr. 1 c BAT (Aushilfsangestellte) / § 3 lit. n. BAT bleibt im Bereich der Länder anwendbar / Erster gemeinsamer Partnerkongress von Microsoft und DBB Akademie ein großer Erfolg / Alterszeit für Teilzeitbeschäftigte / Die Befristungsschutzklage nach § 1 Abs. 5 BeschFG / Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur sozialversicherungsrechtlichen Behandlung von sog. Einmalzahlungen / Einführung einer „Greencard“ für ausländische Fachkräfte in der Informationstechnologie / Kündigung eines Finanzmitarbeiters wegen Steuerhinterziehung / Überlegungen zur Neuordnung der Alterssicherung für Ehepartner. 6133-36

Bebauung „Am Riedberg Frankfurt am Main“

Vorschlag zur funktionalen und sozialräumlichen Verknüpfung der geplanten Neubauten der Universität Ffm. und der beabsichtigten Bebauung des „Riedberg-Geländes“ durch die Stadt Frankfurt am Main. Von K. Wolf und C. M. Scholz, Heft 27 der Reihe „Materialien“ des Instituts für Kulturgeographie, Stadt- und Regionalforschung der J. W. Goethe-Universität Ffm. 199 Seiten, kartoniert, 28,00 DM, Eigenverlag, Ffm., 1999.

Mit dem durch das Institut für Kulturgeographie, Stadt- und Regionalforschung der J. W. Goethe-Universität Ffm. erstellten Gutachten zur Bebauung „Am Riedberg“ wird eine Arbeit vorgelegt, „die die anwendungsorientierte Forschung des Instituts anschaulich repräsentiert. Nicht nur die Rahmenbedingungen von Wohnen, Arbeiten, Sich Bilden und die Freizeit verbringen werden in der Arbeit am regionalen Umfeld des Standorts Frankfurt nach Ursachen und Wirkungen analysiert, sondern die Analyse ist besonders anwendungsorientiert in dem Sinne, dass sie an a priori formulierten Leitlinien orientiert Vorschläge unterbreitet, Alternativen zur Diskussion stellt, die im politischen Abwägungs- und Entscheidungsprozess Hilfe und Orientierung sein können“. Ziel der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme „Am Riedberg“ war es, die Erweiterungsbauten der Universität in städtische Strukturen einzubinden. Nach einem einführenden Kapitel über „Nutzungsmischung — Nutzungstrennung“ wird die Situation „Universität — Stadt“ analysiert. Ausgehend von verschiedenen Lagesituationen (Stadt- und Campusuniversitäten) erfolgt eine Lageanalyse ausgewählter Universitäten in Deutschland. Anschließend erfolgt die Analyse der Vernetzung der Universität mit anderen Funktionen (Wohnen, Arbeiten, Sich Versorgen, Übrige Infrastruktur). Darauf aufbauend werden die Vorschläge zur funktionalen und sozialräumlichen Gestaltung des Universitätsumfeldes dargestellt. 6966

Hessische Kommunalverfassung

Textausgabe mit wichtigen Hinweisen und Anmerkungen für die Praxis und einer erläuternden Einführung in das Kommunalverfassungsrecht. Von U. Dreßler und U. Adrian, 15., vollständig überarbeitete Auflage, XX und 198 Seiten, kartoniert, 20,00 DM, Deutscher Gemeindeverlag, Mainz, 2000.

Mit dem seit 5. Januar 2000 geltenden Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und kommunalen Selbstverwaltung haben die Hessische Gemeindeordnung (HGO), die Hessische Landkreisordnung (HKO) und das Hessische Kommunalwahlgesetz (KWG) tiefgreifende Änderungen erfahren. Kernstück der Kommunalrechtsnovelle ist dabei die Einführung eines neuen Wahlsystems („Kumulieren und Panaschieren“). Weitere Schwerpunkte der Änderungen sind die (Wieder-)Anhebung des Wahlalters für das aktive Kommunalwahlrecht von 16 auf 18 Jahre sowie Maßnahmen zur Stärkung der direktgewählten Bürgermeister und Landräte. Die Neuauflage dokumentiert die aktuellen Texte von HGO, HKO und KWG, ergänzt um hilfreiche Anmerkungen und Hinweise. Die Einführung vermittelt einen schnellen Überblick über das Kommunalrecht. Für alle kommunalrechtlich Interessierten dürfte das Buch eine praxisgerechte Hilfe sein. 6970

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Krankenhaus-Finanzierungsrecht

Ergänzbare lexikalisches Handbuch. Von K. Grünwald und A. Wettstein-Grünwald, Loseblattaussgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 1/00 vom März 2000, 2068 Seiten, in Spezialordner) 168,00 DM; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 2000. 5636/25

Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung

Herausgegeben von Dr. H. H. Eberstein und Dr. H. Karl, 3. Auflage, Loseblattaussgabe, Gesamtwerk (einschl. 45. Erg.-Lfg. vom Juli 1999, 2126 Seiten, in 2 Plastikordnern) 255,00 DM; Verlag Dr. Otto Schmidt, Köln-Marienburg, 1999. 4050/30

Arbeitsförderungsgesetz (AFG)

vom 25. Juni 1969 mit Kommentar. Begründet von Dr. H. Schieckel, fortgeführt von Dr. H. Grüner und D. Dalichau, Loseblattaussgabe, Gesamtwerk (einschl. 172. Erg.-Lfg. vom Januar 2000, ca. 4000 Seiten in 4 Plastikordnern); Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See, 2000. 3900/49



Kommunales Kreditwesen

Haushaltsrechtliche Grundlagen, Schuldenmanagement, neue Finanzierungsformen. Von G. Schwarting, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, aus der Reihe „Finanzwesen der Gemeinden“, 231 Seiten, gebunden, 98,00 DM, Erich Schmidt Verlag, Berlin, 2000.



Die rasante Veränderung der Rahmenbedingungen der kommunalen Kreditwirtschaft führte, nachdem vor fünf Jahren die erste Auflage dieses Werkes erschien, nun zu dieser Neuauflage. Neue Entwicklungen zeigen sich auf dem Refinanzierungsmarkt (Derivate und Kreditangebote aus der Euro-Zone), ergeben sich aus den Änderungen der haushaltsrechtlichen Ausführungsbestimmungen (kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Leasing) und dem In-Kraft-Treten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Breiterer Raum wurde auch Fragen der Bonität des Kommunalkredits und, im Zusammenhang damit, der besonderen Stellung kommunaler Unternehmen eingeräumt. — Die Kreditwirtschaft der Kommunen steht häufig mit im Zentrum kommunaler Haushaltspolitik. Fragen der Verschuldungsgrenzen bleiben meist, ebenso wie die nach den Möglichkeiten optimalen Schuldenmanagements, nicht ohne Brisanz. Auch auf der kommunalen Ebene hat sich die Diskussion über neue Formen der Investitionsfinanzierung, wie etwa Leasing, Ratenkauf oder Vor- bzw. Zwischenfinanzierung, intensiviert. Mit diesem Band wird nun eine aktualisierte, umfassendere Darstellung der vielfältigen Fragen kommunaler Kreditwirtschaft vorgelegt. Der Aufbau blieb dabei gegenüber der Erstauflage unverändert. So wird im ersten Teil des Werkes mit den finanzwirtschaftlichen Grundlagen und der ökonomische Begründung der Kreditfinanzierung kommunaler Aufgaben, mit Begriffserläuterungen und dem empirischen Befund über die Kommunalverschuldung in das breite Spektrum der mit der Kreditaufnahme der Kommunen verknüpften Fragestellungen eingeführt. Im zweiten Teil werden die für die Kreditwirtschaft der Kommunen maßgeblichen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, an den Beispielen der in Rheinland-Pfalz und Thüringen geltenden Regelungen, erläutert. Im dritten Teil werden praktische Fragen der Kreditpolitik diskutiert, u. a. Zeitpunkt der Kreditaufnahme, Laufzeitenstruktur, Umschuldungsplanung, Bewertung von Kreditkonditionen, Gestellung von Sicherheiten, Liquiditätsplanung. Der vierte Teil des Werks ist der Darstellung alternativer Formen der Investitionsfinanzierung (Bausparen, Leibrente, Erbbaurecht, Bürgschaftsgewährung, Factoring, Leasing und leasingähnliche Rechtsgeschäfte) gewidmet. Ihm schließen sich noch Betrachtungen über die konjunkturpolitischen Aspekte der Kreditaufnahme und, da sich der Autor insbesondere an die Praktiker in der Kommunalverwaltung und in der Kreditwirtschaft wendet, ein Anhang mit Rundschreiben und Erlassen der Aufsichtsbehörden zur kommunalen Kreditwirtschaft an.

6972

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM August 2000

(K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen
 = auf Diskette lieferbar,  = auf CD-ROM lieferbar)

Statistische Berichte

Ausländer in Hessen am 31. Dezember 1999 (Ergebnisse des Ausländerzentralregisters); (A I 4 - j/99)	6,00 DM
 Excel	9,00 DM
Einbürgerungen in Hessen im Jahr 1999; (A I 9 - j/99)	6,00 DM
 Excel	9,00 DM

Voraussichtliche Entwicklung der hessischen Bevölkerung bis zum Jahr 2050 (Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung auf der Basis 1.1.1998); (A I 8 - Basis 1998)	12,00 DM
Erkrankungen und Todesfälle an meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten (ohne Tuberkulose) in Hessen im Jahr 1999; (A IV 4 - j/99); (R)	6,00 DM
 Excel	9,00 DM
Wanderungsströme in Hessen 1999 nach kreisfreien Städten und Landkreisen (Wanderung innerhalb des Landes und über Landesgrenze); Teil 1: Regierungsbezirk Darmstadt; (A III 2 - j/99 - Teil 1); (K)	26,00 DM
Der Lehrernachwuchs für das Lehramt an allgemein bildenden und an beruflichen Schulen in Hessen 2000 (Stand: 15. Mai 2000); (B III 2 - j/00)	6,00 DM
 Excel	9,00 DM
Hochschulprüfungen in Hessen 1999; (B III 3 - j/99)	8,00 DM
 Excel	12,00 DM
Die Tätigkeit der Sozialgerichte in Hessen im Jahr 1999; (B VI 5 - j/99); (SGB)	6,00 DM
Die Tätigkeit der Gerichte für Arbeitssachen in Hessen im Jahr 1999; (B VI 4 - j/99); (AGB)	6,00 DM
Die Bodennutzung in Hessen 2000 (Vorläufiges Ergebnis); (C I 1 - j/00); (K)	5,00 DM
Schlachtungen in Hessen im Juni 2000; (C III 2 - m 6/00)	5,00 DM
Die Schädigungen des Schlachtviehs durch Krankheiten und Schädlinge in Hessen im Jahr 1999; (C III 4 - j/99)	6,00 DM
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Juni 2000; (E I 1 - m 6/00); (K)	8,00 DM
Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Juni 2000; (E I 3 - m 6/00)	8,00 DM
Öffentliche Energieversorgung in Hessen im April 2000; (E IV 2 - mit E IV 3 - m 4/00)	5,00 DM
Baugenehmigungen in Hessen im Mai 2000; (F II 1 - m 5/00)	5,00 DM
Baugenehmigungen in Hessen im Juni 2000 (Mit Kreisergebnissen für das 2. Vj. 2000); (F II 1 - m 6/00)	5,00 DM
Baufertigstellungen in Hessen im Jahr 1999; (F II 2 - j/99); (K)	6,00 DM
Der Bauüberhang in Hessen am 31. Dezember 1999; (F II 3 - j/99); (K)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im Mai 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 5/00)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im Mai 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 5/00)	5,00 DM
Die Ausfuhr Hessens im Mai 2000 (Vorläufige Zahlen); (G III 1 - m 5/00)	6,00 DM
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Mai 2000 (Vorläufige Zahlen); (G III 3 - m 5/00)	6,00 DM
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr in Hessen im Mai 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 5/00); (G)	10,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Mai 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 5/00)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Juni 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 6/00)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im Juni 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 6/00)	6,00 DM
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Mai 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 5/00); (K)	6,00 DM
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im Juni 2000 und im 1. Halbjahr 2000 (Vorauswertung); (H I 1 - m 6/00); (K)	5,00 DM
Binnenschifffahrt in Hessen im Mai 2000; (H II 1 - m 5/00); (H)	6,00 DM
Das Aufkommen an staatlichen Steuern in Hessen im Mai 2000; (L I 1 - m 5/00)	5,00 DM
Messzahlen für Verbraucherpreise und Preisindizes der Lebenshaltung in Hessen im August 2000; (M I 2 - m 8/00)	10,00 DM
Baulandveräußerungen in Hessen 1999; (M I 6 - j/99); (K)	6,00 DM
Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke in Hessen im Jahr 1999; (M I 7 - j/99); (K)	6,00 DM
Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe in Hessen im April 2000; Teil I: Arbeitsverdienste im Produzierenden Gewerbe; (N I 1 - vj 2/00 - Teil I)	8,00 DM

Hessisches Statistisches Landesamt • 65175 Wiesbaden